

# **„Faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - heimische Wirtschaft zuerst“**

*Hansjörg Müller, MdB & Team Wirtschaft – Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft & Energie des Deutschen Bundestages – Programm der „Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.“*

## **Inhalt**

<b>1. Situation</b>	
1.1 Ausgangslage.....	2
1.2 Ordnungsrahmen & wirtschaftspolitische Leitlinien für die folgende Diskussion.....	5
<b>2. Gefährliche Akteure im herrschenden, globalistisch-zentralisierten Wirtschaftsmodell</b>	
2.1 Problemstellung: Globalisierungsgewinner und -verlierer .....	9
2.2 Wer gehört zur „Globalen Finanzoligarchie“? Probleme ihrer Privilegierung für die freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung .....	12
2.3 Ein wesentlicher Faktor: Privilegien für den Finanzmarkt ohne Pflichten.....	15
2.4 Zentralbanken: Im Finanzmarkt besonders privilegiert.....	20
<b>3. Gegenentwurf eines freiheitlich-dezentralen Wirtschaftsmodells</b>	
3.1 Gegenentwurf zum herrschenden, globalistisch-zentralisierten Wirtschaftsmodell: freiwillige Kooperationen souveräner Länder-AGs - Vorschlag für eine bessere, Deutschland umfassende internationale Wirtschaftsordnung.....	21
3.2 Die Lösung: Selbstbestimmte Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Basis .....	22
3.3 Verhältnis des neuen, souveränen deutschen Wirtschaftsraums zur EU .....	24
3.4 Verhältnis der Leistungsträger der Gesellschaft zu den Empfängern von Sozialleistungen .....	25
3.5 Grenzen der Finanzierbarkeit des öffentlichen Dienstes aufgrund abnehmender Nettosteuerzahler .....	25
<b>4. Vorschläge zur Umsetzung</b>	
4.1 Wirtschaftspolitik im nationalen Interesse: Wirtschaftliche Souveränität ist Voraussetzung für nationale Souveränität – konkrete Ziele .....	26
4.2 Vorschläge für wirtschaftspolitische Einzelforderungen – zügig umsetzbar.....	29
4.3 Vorschläge für wirtschaftspolitische Einzelforderungen – grundlegender Natur.....	31
<b>5. Zusammenfassung</b>	32

## 1.1 Ausgangslage

Unsere *Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.* bekennt sich in ihrem Programm zum freien Wettbewerb und zur Sozialen Marktwirtschaft. Auf den Punkt gebracht: wir stehen für die wirtschaftsliberale Freiheit der Unternehmer und gleichzeitig für die soziale Verantwortung der gesellschaftlichen Akteure gegenüber den sogenannten „Kleinen Leuten“. Der positiv besetzte Begriff „wirtschaftsliberal“ ist keinesfalls mit dem nebulös verwendeten Begriff „neo-liberal“ zu verwechseln. Wirtschaftsliberalität steht für eine echte Marktwirtschaft, in der die Macht einzelner, zu einflussreicher Akteure klar begrenzt und deren Privilegierung bekämpft wird. Im Gegensatz dazu verstärkt der Neo-Liberalismus die Privilegien-Wirtschaft zugunsten einzelner, mächtiger Akteure, was die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft erheblich beeinträchtigt.<sup>1</sup>

Die Ankerpunkte „wirtschaftsliberale Freiheit“ und „soziale Verantwortung“ stehen mitnichten im Widerspruch, sondern gehören untrennbar zusammen, wenn unser Land funktionieren soll. Für die *Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.* ist essenziell, dass beide Ankerpunkte gleichzeitig in ein schlüssiges Gesamtkonzept eingebettet werden. Fast alle Interessenverbände, Wirtschaftsakteure und politische Parteien gehen automatisch davon aus, dass wir in einer funktionierenden Sozialen Marktwirtschaft leben würden. Diese Voraussetzung ist aber nicht mehr gegeben. Insofern sind Einzelziele vorliegenden Programms:

1. Die **real existierende Wirtschaftsordnung** zu beschreiben, in der wir **wirklich leben**;
2. Ausgehend von der Realität Vorschläge zu erarbeiten, wie die **verloren gegangene Soziale Marktwirtschaft wiederhergestellt** werden kann;
3. Zu begründen:
  - a. warum die **Lösung im Miteinander von Unternehmern und sogenannten „Kleinen Leuten“** in einem **souveränen Nationalstaat Bundesrepublik Deutschland** liegt;
  - b. warum **Deutschland in seinem heimischen Wirtschaftsraum wieder selbst bestimmen** können muss.

---

<sup>1</sup> **DEFINITION:** Wir verstehen unter „liberal“ die klassische Definition: dem Einzelnen wenige Einschränkungen auferlegend, die Selbstverantwortung des Individuums unterstützend, freiheitlich. „Wirtschaftsliberal“ ist die Erweiterung des Begriffs auf ein Wirtschaftssystem, in dem die Interessen der Produzenten und Konsumenten am besten über den Markt ausgeglichen werden, wobei sich der Staat aus deren freien Entscheidungen weitgehend heraushält. – Unter „wirtschaftsliberal“ verstehen wir NICHT „neo-liberal“. Unserer Auffassung nach ist der „Neo-Liberalismus“ das Gegenteil des echten „Liberalismus“. Hinter der falschen Maske angeblicher Freiheitlichkeit stehen die „Neo-Liberalen“ in Wahrheit für eine zentralisierte, weltweite Oligopol-Wirtschaft, welche die Werte menschlichen Zusammenlebens zerstört und die marktwirtschaftliche Freiheit zur Farce verkommen lässt. Der maskierte Kern des „Neo-Liberalismus“ besteht faktisch aus der globalen Neuauflage des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsexperiments, das regional in Osteuropa schon einmal gescheitert war, vgl. folgende Seiten. Diese **klare Beschreibung des Begriffs „neo-liberal“ in seinem negativen Kern** kommt bisher in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur nicht vor, aber sie ist dringend geboten, um die ständigen Fehlinterpretationen im Vergleich zu positiv besetzten Begriffen wie „liberal“, „wirtschaftsliberal“ oder „ordoliberal“ zu beenden. **Wir führen hiermit vorliegende, eindeutige und negative Definition von „neo-liberal“ in die wirtschaftspolitische Diskussion ein, um die nebulös-beschönigenden Fehlinterpretationen dieses Begriffs endlich zu beenden.** Für den gleichen Inhalt existiert auch der Begriff „**korporatistisch**“.

Grundsätzlich ist jede Wirtschaftsordnung Teil einer umfassenderen Herrschafts- und Gesellschaftsordnung. Die aktuelle, globalistische Herrschaftsordnung tendiert dazu, Kapital und Macht in den Händen weniger Entscheider zu konzentrieren. Dazu bedarf es keiner zentralen Absprache! Es ist ausreichend, wenn es eine überschaubare Anzahl an Akteuren gibt, die gleichgerichtete Interessen mit überschaubaren Handlungsalternativen verfolgen (vgl. „Implizite Kollusion“).<sup>2</sup> Das führt zu historisch einmaligen, wirtschaftlichen Oligopol- und Monopolbildungen in Verbindung mit der Zentralisierung politischer Macht. Während im alten Sozialismus Osteuropas diese Kapital- und Machtanhäufungen noch auf die herrschenden Oligarchien der Warschauer-Pakt-Staaten regional beschränkt waren, wiederholt sich diese Entwicklung jetzt auf globaler Ebene und überzieht alle Staaten. Aber im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges gibt es keinen sogenannten „freien Westen“ mehr, in den wir fliehen könnten, weil die Globale Finanzoligarchie, die Treiber dieses neuen Weges in die Knechtschaft ist, selbst aus dem „ehemals freien Westen“ stammt. Die Parallelen zwischen den beiden sozialistischen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, vor denen Friedrich August von Hayek in seinem epochalen Werk „Der Weg in die Knechtschaft“ eindringlich warnte und dem heutigen, sozialistisch wirkenden Neo-Liberalismus sind offensichtlich und erschreckend.<sup>3</sup> Es sei an die Klarstellung von vorheriger Seite erinnert, dass der Neo-Liberalismus das pervertierte Gegenteil des echten, freiheitlichen Liberalismus ist, weil er über seinen globalistisch-zentralisierten Ansatz faktisch wie ein neuer Sozialismus wirkt. Dem Neo-Liberalismus stehen souveräne Nationalstaaten mit ihren selbstbestimmten Wirtschaftsräumen im Wege, wenn er seine weltweite Zwangsherrschaft vollenden will. Wir erleben gerade, wie Nationalstaaten politisch zerstört werden, vom Missbrauch der Migration als Waffe<sup>4</sup> über die Klimareligion bis hin zur heraufziehenden Ökodiktatur sozialistischer Prägung.<sup>5,6</sup> Wirtschaftlich erfolgt das Zerstörungswerk über

---

<sup>2</sup> „**Implizite Kollusion**“ benötigt im Gegensatz zur „expliziten Kollusion“ keine Absprache der Akteure untereinander. Beide Erscheinungsformen der „Kollusion“ sind aber gleich **wohlfahrtsschädigend!** Die implizite Form tritt insbesondere auf, wenn wenige Akteure zusammen über eine marktbeherrschende Stellung verfügen: aufgrund gleichgerichteter Interessen und überschaubarer Handlungsmöglichkeiten setzen sie ihre Interessen gemeinsam durch. Es kommt zu einem **Verhalten, das auch ohne jedwede Absprache Resultate erzielt, als hätten sich die Akteure untereinander abgesprochen bzw. „verschworen“**. Dies ist eine erwiesene Tatsache aus der Oligopoltheorie. Anders formuliert: wenn eine kleine Anzahl an einflussreichen Akteuren existiert, die gleichgerichtete Interessen haben (z.B.: Macht, Geld) und wenn einige realistische Möglichkeiten zur Durchsetzung dieser Interessen existieren, kommt es durch bloßes Verhalten zu einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsschädigung, die zum gleichen Ergebnis führt, als ob sich diese Akteure abgesprochen, d.h. „verschworen“ hätten. Vgl. hierzu auch die Fußnoten 14 und 20 sowie das dort beschriebene Phänomen der Machtkonzentration in der Weltwirtschaft. - Quelle zu den Auswirkungen Impliziter und Expliziter Kollusion: XXII. Hauptgutachten der Monopolkommission, 2018, S. 66-89, [https://www.monopolkommission.de/images/HG22/HGXXII\\_Gesamt.pdf](https://www.monopolkommission.de/images/HG22/HGXXII_Gesamt.pdf)

<sup>3</sup> Hayek, F.: Der Weg in die Knechtschaft; OLZOG, München, 2009

<sup>4</sup> Greenhill, K.: Weapons of Mass Migration: Forced Displacement, Coercion and Foreign Policy; Cornell University Press, 2010

<sup>5</sup> Lüdecke, H.-J.: Gutachterliche Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge, Kapitel 7.1 und 7.2; Berlin, Dt. Bundestag, 2019; [https://www.bundestag.de/resource/blob/592882/71b839b42c81d3c97c342e700f9418c6/19-16-167-B\\_Hearing\\_CO2\\_emissions\\_Prof\\_Dr\\_Horst\\_Joachim\\_Luedecke-data.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/592882/71b839b42c81d3c97c342e700f9418c6/19-16-167-B_Hearing_CO2_emissions_Prof_Dr_Horst_Joachim_Luedecke-data.pdf)

<sup>6</sup> Lüdecke, H.-J.: Große Transformation – der Gang in die Knechtschaft; in: EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie, 26.06.2019; <https://www.eike-klima-energie.eu/2019/06/26/grosse-transformation-der-gang-in-die-knechtschaft/>

Zwangsfusionen ehemals selbstbestimmter Wirtschaftsräume: erst regional in größere Einheiten wie die EU und dann weiter weltweit über sogenannte Freihandelsabkommen (CETA usw.), die in Wahrheit eher globalistische Herrschaftsabkommen sind. Die faktenbefreit durchgezogene Energiewende und die Abschaffung des Verbrennungsmotors deindustrialisieren Deutschland. Es fällt auf, dass durch die grün-ideologischen Entscheidungen der Bundesregierung bisher nur Branchen der Realwirtschaft in die Zerstörung getrieben werden, in denen Deutschland bisher technologisch führend war: Kohleenergie, Kernenergie, Automobilbau, Wehrtechnik. Destruktive Entscheidungen der Bundesregierung gegen Unternehmen der privilegierten Finanzindustrie sind bisher nicht bekannt.

Vorliegendes Programm zeigt Wege auf, wie die nationalstaatlichen Wirtschaftsräume gerettet werden können, um den Zusammenbruch zu verhindern. Bekannt sind die Methoden des Neo-Liberalismus, mit denen er heute auf globaler Ebene operiert, weil wir sie schon aus den ehemaligen Ostblockstaaten kennen: Zentralisierung der Macht, Gleichschaltung der Presse, Ausschaltung von Wettbewerbern vor allem des Mittelstandes, Oligopolisierung der Märkte, Abschöpfung von Oligopol- und Monopolgewinnen, Umverteilung zu Lasten der Leistungsträger der Gesellschaft, Abschaffung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Entrechtung der Menschen. Insofern handeln linke Kritiker völlig kontraproduktiv, wenn sie diesen neuen, globalen Sozialismus als angeblich entfesselten Kapitalismus erstens falsch bezeichnen und zweitens mit noch mehr sozialistischer Umverteilung bekämpfen wollen. Die Linken machen sich so zum nützlichen Handlanger der Neo-Liberalen. Das Gegenteil ist richtig: wir brauchen mehr marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit mehr Freiheit unter Entflechtung der Oligopole; wir brauchen weniger Bürokratie, d.h. weniger Staat und weniger Umverteilung, wovon Unternehmer und die sogenannten „Kleinen Leute“ gemeinsam profitieren werden – kurzum: wir brauchen eine Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft im souveränen, nationalen Wirtschaftsraum und deren Schutz vor dem neuen, globalen Sozialismus. Der sozialistisch wirkende Neo-Liberalismus und die Globale Finanzoligarchie zielen auf Profit und Macht der wenigen Entscheider; die im echten Sinne liberal, d.h. freiheitlich agierende Soziale Marktwirtschaft orientiert sich dagegen am Gemeinwohl.

Bei der Rezension vorliegenden Diskussionspapiers wirkten im Team mit: Mitglieder der „*Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.*“, Referenten für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag, parteiübergreifende wirtschaftliche und gesellschaftliche Vordenker, Wirtschaftsprofessoren, Inhaber mittelständischer Unternehmen, ehemalige Abteilungsleiter aus Konzernen, Investmentbanker mit Wallstreet-Erfahrung. Wir stehen bewusst in keiner Einzeltradition einer bestimmten volkswirtschaftlichen Lehrmeinung, weil uns das in der Analyse der Situation und beim Erarbeiten von Lösungsvorschlägen einengen würde. Wir beschreiben die Realität, wie wir sie sehen und entwickeln lehrmeinungsübergreifende Lösungsansätze. Ökonomen werden libertäre Elemente aus der Österreichischen Schule, Elemente

aus der Klassik und von Friedrich List erkennen, die wir mit einem ordoliberalen <sup>7</sup> Grundansatz kombiniert haben.

Bevor wir weiter unten in die Diskussion einsteigen können, müssen wir vorher erst den Ordnungsrahmen klar definieren, innerhalb dessen sich die folgende Diskussion bewegt. Es ist notwendig, dass wir erst einmal unsere Annahmen beschreiben, damit deutlich wird, innerhalb welcher wirtschaftspolitischen Leitlinien sich vorliegendes Programm bewegt. Der Ordnungsrahmen ist kein vorweggenommenes Resümee, sondern steckt das Feld der Diskussion ab.

## 1.2 Ordnungsrahmen & wirtschaftspolitische Leitlinien für die folgende Diskussion

**Hauptziel: Die Gesamtwohlfahrt aller Bürger maximieren – durch die Zusammenarbeit souveräner nationalstaatlicher Wirtschaftsräume, die zusätzlich zur Gewinnmaximierung auch soziale Verantwortung kennen**

Wir plädieren für die Wiederherstellung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, anstelle der Vollendung einer globalen Finanzoligarchie, womit der heimischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle zukommt. Die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger Deutschlands sollen international mit gleichgesinnten Unternehmen und Staaten zusammenarbeiten, die dieses moderne, subsidiäre Konzept in ihren souveränen heimischen Wirtschaftsräumen ebenfalls umsetzen.

**Bedingung: Je dezentraler und näher an der konkreten Situation wirtschaftliche und politische Entscheidungen getroffen werden, desto fairer und nachhaltiger sind die Ergebnisse für die Bürger eines jeden Staates. Dazu müssen die aktuellen, zentralistischen Machtkonzentrationen auf der globalen Ebene überwunden werden.**

---

<sup>7</sup> **DEFINITION:** Als „ordoliberal“ verstehen wir folgende, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung: der Staat schafft einen für alle Wirtschaftsakteure gleich gültigen Ordnungsrahmen für den ökonomischen Wettbewerb und gewährleistet die Freiheit der Bürger auf dem Markt. Aus den Marktprozessen hält sich der Staat weitgehend heraus.

## Leitlinien des Handelns:

	<b>Machen</b>	<b>Vermeiden</b>
<b>1.</b>	Entflechtung und Entmachtung supranationaler Organisationen, die sich über die Nationalstaaten gelegt haben. Verlagern der kontrollierbaren Entscheidungsgewalt möglichst weit nach unten auf die föderale bzw. regionale bzw. kommunale Ebene innerhalb eines jeden Nationalstaates, d.h. Subsidiarität auf allen Ebenen.	Anhäufen unkontrollierbarer Vermachtungen in zentralistischen, supranationalen Organisationen, wie z.B. EU, IWF oder Weltwirtschaftsforum, intransparenten Nichtregierungsorganisationen (NGO's), Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten wie z.B. <i>Blackrock</i> <sup>8</sup> , Wirtschaftsprüfungsoligopolen wie den „Big Four“ ( <i>PWC, EY, KPMG, Deloitte</i> ) <sup>9</sup> , Ratingagenturen <sup>10</sup> und damit verwobenen internationalen Anwaltskanzleien. <sup>11</sup>
<b>2.</b>	Ausbau bilateraler (Handels-) Abkommen zwischen souveränen Wirtschaftsräumen, mit dem Ziel der Wohlfahrtsmaximierung für ihre jeweiligen Bürger.	Ausweitung multilateraler Abkommen, welche v.a. den Nutzen weniger zentralistischer Entscheider maximieren, zu Lasten der länderspezifischen Unterschiede zwischen Märkten, Staaten, Bürgern.
<b>3.</b>	Zuerst die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft des eigenen Staates sicherstellen, um danach im Handel mit Unternehmen aus anderen Staaten Schnittmengen zu nutzen, die beiderseits wohlfahrtssteigernd wirken.	Auf Kosten anderer Staaten, deren Bürger oder fremder Unternehmen leben.
<b>4.</b>	Freien Handel von Waren und Dienstleistungen betreiben.	Waren- oder Dienstleistungsmärkte abschotten. <sup>12</sup>
<b>5.</b>	Die durch Inländer erzeugte Wertschöpfung primär im Inland behalten und den inländischen Eigentümern, Arbeitnehmern und Kreditgebern unserer Unternehmen zu Gute kommen lassen.	Inländische Wertschöpfung übermäßig ins Ausland transferieren, vor allem an zentralistische, supranationale Organisationen. Unkontrollierte Kapitalbeteiligungen an deutschen Unternehmen, vor allem durch ausländische Finanz-Beteiligungs-Konglomerate. <sup>13</sup>

<sup>8</sup> Buchter, H.: Black Rock - Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld; Campus, Frankfurt am Main, 2015

<sup>9</sup> Die sogenannten „Big Four“ sind ein Oligopol und kontrollieren 67% der weltweiten Wirtschaftsprüfung; vgl.

Fleming, S.: Accountants PwC, Deloitte, KPMG and EY face taming moves; in: Financial Times, 12. Februar 2014

<sup>10</sup> Drei der größten Ratingagenturen, Standard & Poor's (S&P), Fitch Ratings und Moody's haben einen gemeinsamen Marktanteil von über 90% - der Begriff Oligopol ist also zwingend bei dieser angelsächsischen Dominanz. Sie bewerten, angeblich unabhängig, als eine Art „qualifizierte Meinung“ die Kreditrisiken für private und öffentliche Kreditnehmer, um Investitionsentscheidungen und Anlagestrategien zu unterstützen. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags warnte bereits 2006 vor dieser Machtanballung. Seitdem nahm diese durch die zentrale Rolle in der Bewertung der Kreditwürdigkeit von Staaten im Zuge der Eurokrise weiter zu; Quelle:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/417412/2cb2e6259842d3af94e71ae218a5aa8d/WF-V-080-06-pdf-data.pdf>

<sup>11</sup> Hierunter fallen insbesondere große Wirtschaftskanzleien, die sich mit Fusionen und Übernahmen, Unternehmenskooperationen etc. beschäftigen – ebenso mit der (Um-)Formulierung von (EU-)Gesetzestexten. Bekannte Namen umfassen bspw. Clifford Chance, CMS Hasche Sigle, Freshfields Bruckhaus Deringer.

<sup>12</sup> **DEFINITION:** Wir brauchen gesicherte Staatsgrenzen mit einer funktionierenden Kontrolle sowohl des Personenverkehrs als auch von strategischen Kapitalbeteiligungen aus dem Ausland. Damit wir **aus dem gesicherten nationalen Wirtschaftsraum heraus freien Handel von Waren und Dienstleistungen mit allen Staaten der Erde treiben können**, dessen Wertschöpfung bei uns verbleibt. Jede Firma sichert auch ihr Lager mit einem Zaun!

<sup>13</sup> Die deutsche Wirtschaft hat sich gegenüber der Fremdbestimmung seiner Unternehmen durch globale Eigentümer zu weit geöffnet. Zur Klarstellung: **JA**, wir wollen weltweit Handel ohne Beschränkungen treiben und ausländische Investoren dürfen ihre in Deutschland erwirtschafteten Gewinne selbstverständlich frei nach Hause überweisen. **NEIN**, wir wollen nicht, dass immer mehr der in Deutschland entstandenen Wertschöpfung ohne Gegenleistung ins Ausland transferiert wird und wir wollen auch nicht, dass ausländische Eigentümer unsere Unternehmen in deren

	<b>Machen</b>	<b>Vermeiden</b>
<b>6.</b>	Die wirtschaftlichen Entscheidungen inhabergeführter, mittelständischer Unternehmen beeinflussen das Gemeinwohl <sup>14</sup> ihres Herkunftsstaates eher positiv. Ihr Einfluss auf die Politik ist deshalb zu fördern.	Multinationale, von angestellten Managern anonym geführte Großkonzerne kennen keine Loyalität zu ihrem Herkunftsstaat mehr, womit ihre wirtschaftlichen Entscheidungen das Gemeinwohl <sup>14</sup> eher bedrohen. Ihr Einfluss auf die Politik ist deshalb zu begrenzen.

**Ergebnis:** Es ist zu erwarten, dass die weltweite Wohlfahrt - als die Summe der nationalen Wohlfahrten – steigen wird, wenn souveräne, nationalstaatliche Wirtschaftsräume zusammenarbeiten, die ihre jeweiligen Wertschöpfungen nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verteidigen, anstatt zu viel davon der globalen Finanzoligarchie zu überlassen. Die aktuelle Dominanz der kurzfristig orientierten Finanz- über die langfristig orientierte Realwirtschaft wird abnehmen.

**Begründung:** Die weltweite Wohlfahrt wird steigen, weil die bisherige Wohlstandsumverteilung zum egoistischen Nutzen einiger weniger, zentralistischer Entscheider und Profiteure in supranationalen Organisationen bzw. Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten abnimmt. Der Zusammenhang besteht bildlich gesprochen darin, dass vom erwirtschafteten Kuchen mehr Stücke bei den vielen Erzeugern im jeweiligen, nationalen Wirtschaftsraum verbleiben und weniger Stücke an die globalen Oligopole abfließen, bei denen die Fäden zusammenlaufen. Weltweit besitzen 737 Konzerne 80% der Kontrolle über das Vermögen aller international tätigen Unternehmen. Dabei stellen 147 untereinander stark verwobene Konzerne den zentralen Kern dar, die alleine 40% der Kontrolle über das Vermögen aller weltweit international tätigen Unternehmen innehaben. Drei Viertel dieses zentralen Kerns aus 147 Konzernen sind anglo-amerikanische Banken und Finanzunternehmen.<sup>15</sup>

---

Interesse steuern, wenn es gegen das gesellschaftliche Interesse Deutschlands gerichtet ist. - Das gilt insbesondere für sogenannte „**Scharia-Investitionen**“, Investitionen arabischer Staatsfonds in die deutsche Großindustrie, unter denen u.a. die Islamisierung der deutschen Wirtschaft vorangetrieben wird. Beispiele: Katar hält 14,6% an VW, 6,1% an Deutscher Bank, 3% an Siemens. Kuwait hält 6,8% an Daimler; Quelle: Schubert, S.: Scharia-Kapitalismus: Deutsche Wirtschaftseliten als Profiteure und Wegbereiter des Islam, in KOPP Report, 09.08.2019, <https://kopp-report.de/scharia-kapitalismus-deutsche-wirtschaftseliten-als-profiteure-und-wegbereiter-des-islam/>;

Mögliche Lösungen könnten sein:

- Beschränkungen auf maximal zulässige, ausländische Investitionsanteile für strategisch wichtige, deutsche Branchen oder Unternehmen.
- Einführung sogenannter „Goldener Aktien“, mit der ausländische Anteilsmehrheiten kontrolliert werden können.
- Teilweiser Ersatz von Investitionen ausländischer Finanz-Beteiligungs-Konglomerate an deutschen Unternehmen durch genossenschaftliche Teilbeteiligungsmodelle für die Mitarbeiter der jeweiligen Unternehmen. Reell betroffene Mitarbeiter anstelle anonymer Fonds würden Mitunternehmer, was der Marktwirtschaft gut tut.

<sup>14</sup> Definition des Gemeinwohls vgl. Seite 8.

<sup>15</sup> Dies wurde von 3 Schweizer Systemanalytikern ermittelt, welche auf Basis der Daten von über 30 Millionen Unternehmen (Orbis Database) die 43.060 international agierenden Unternehmen sowie deren Aktien- und Vermögensverflechtungen untereinander identifizierten. Sie waren selbst überrascht, dass die Besitz- und

An die Stelle eines antiquierten, erzwungenen Zentralismus durch supranationale Organisationen und weltumspannende Konzerne wird die moderne, freiwillige internationale Kooperation kleinerer und selbständiger Einheiten treten. Entscheidungen auf subsidiärer Ebene, die von unmittelbar Betroffenen „von unten“, d.h. problemnah selbst getroffen werden, erbringen in der Regel effizientere Ergebnisse als Entscheidungen, die von einer abgehobenen Oligarchie „von oben“ übergestülpt werden.<sup>16</sup>

**Folge:** An die Stelle der kurzfristig am sogenannten „Shareholder-Value“ orientierten Dominanz der Finanzwirtschaft angelsächsischer Prägung (= Globalisierung) tritt wieder die langfristige, an Gemeinwohl und nachhaltiger Wertschöpfung orientierte konservative Wirtschaftspolitik (= Soziale Marktwirtschaft).

Was ist das „Gemeinwohl“ von Gesellschaften bzw. Staaten? Darunter verstehen wir **nicht**, dass ein kleiner Kreis von Entscheidern – staatliche Politiker oder private Sponsoren – aufgrund persönlicher Interessen selbstherrlich bestimmt, was das Gemeinwohl angeblich sein soll und dieses den Betroffenen **von oben nach unten aufdrückt**. Hinter dem **echten** Gemeinwohl einer Gesellschaft sollte immer das aufsummierte Wohl aller Einzelner stehen. Somit kann das echte Gemeinwohl **nur von unten nach oben entstehen**, indem jeder Einzelne seinen eigenen Nutzen maximiert und **gleichzeitig** zusätzlichen Nutzen für seine Mitmenschen erbringt. Am Beispiel der ALDI-Brüder lässt sich dieses Prinzip veranschaulichen: sie bieten Verbrauchern an, qualitative gute Lebensmittel zu niedrigen Preisen zu erwerben. Damit wurden die ALDI-Brüder selbst zu Milliardären (steigerten den eigenen Nutzen) und **gleichzeitig** erhöhte sich über den gestiegenen Nutzen von vielen Millionen Verbrauchern (weil die ebenfalls profitierten) das Gemeinwohl. Dieses Prinzip funktioniert nur in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der echte Unternehmer **durch Leistung für ihre Kunden** ihr Geld zurecht verdienen. Im Gegensatz dazu verbünden sich im neoliberalen, d.h. de-facto sozialistischen bzw. korporatistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, Pseudounternehmer mit leitenden Staatsvertretern. Beiden Gruppen ermöglicht die Zentralisierung von Macht Geld durch Vetternwirtschaft **leistungslos** zu kassieren, welches sie zuvor den ehrlich arbeitenden Bürgern über den Umverteilungsstaat weggenommen haben.

Inhabergeführte Firmen beeinflussen das Gemeinwohl positiv, als Nebeneffekt ihrer Geschäftstätigkeit: meist haften die Inhaber persönlich, deshalb beziehen sie gesellschaftliche Folgen in ihre Entscheidungen ein. Die mittelständische Unternehmenskultur kennt neben Zahlen auch Menschen.

---

Entscheidungsfäden in sehr wenigen Händen zusammenlaufen; vgl. Vitali, S., Glattfelder, J. B., Battiston, S.: The Network of Global Corporate Control; in: PLoS ONE 6 (10): e25995, 2011; vgl. FN 20

<sup>16</sup> Analog argumentiert der Staatswissenschaftler, Volkswirt und Pazifist Leopold Kohr, dass die Dezentralisierung sozialer Strukturen und deren Rückführung auf sinnvolle Größen gleichermaßen Überschaubarkeit und Funktionalität gewährleistet; Kohr, L.: Das Ende der Großen – zurück zum menschlichen Maß; Otto-Müller-Verlag, Salzburg, 2002



## 2.1 Problemstellung: Globalisierungsgewinner und -verlierer

**Die Wirtschaftspolitik muss wieder darauf ausgerichtet werden, die Interessen der deutschen Unternehmen in Einklang mit den Interessen der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Gesellschaft zu bringen.**

Soweit die kleinen, binnenmarktorientierten und die großen, international tätigen mittelständischen Unternehmen inhabergeführt sind, besteht im Regelfall kein Zielkonflikt zwischen diesen Interessen. Inhaber sind konservativ, langfristig denkend und respektieren neben der Gewinnmaximierung auch ein Vaterland und das in ihm lebende Volk. Im Rahmen der „Deutschland AG“, die von 1949 bis in die 1990er Jahre hinein existierte, dachten und handelten aber auch die Vorstände und Aufsichtsräte der großen deutschen Konzerne konservativ, so dass die „Soziale Marktwirtschaft“ einen funktionierenden, deutschen Gegenentwurf zur angelsächsisch geprägten „Globalisierung“ darstellte. Die deutschen Finanzinstitute, Konzerne und Unternehmen waren miteinander verflochten und zogen im Wesentlichen an einem Strang – unter Berücksichtigung des nationalen Interesses. Damals konzentrierten sich die Banken auf die Kreditvergabe für produktive Wertschöpfung und nicht auf das Investment Banking. Interessanter Vergleich zu den heutigen Relationen zwischen Finanz- und Realwirtschaft: im Juni 2019 betrug die Summe der Vermögenswerte aller Investmentfonds im Euroraum 13.455 Mrd. € (vgl. Nov. 2018: 12.566 Mrd. €), davon waren nur 422 Mrd. € in nicht-finanzielle Beteiligungen investiert (Nov. 2018: 401 Mrd. €), d.h. gerade einmal 3% flossen in die Realwirtschaft. Es bleibt also ein konstantes Missverhältnis. In den Händen von Fondsmanagern ist übrigens mehr Geld konzentriert, als das gesamte Brutto-Inlands-Produkt im Euroraum beträgt: 2018 waren das 11.544 Mrd. €.<sup>17</sup>

Die Abwicklung der „Deutschland AG“ nach der Wiedervereinigung hat in diesem Bereich ein Vakuum hinterlassen.<sup>18</sup> Die großen Konzerne und Finanzinstitute sind nun nicht mehr in das gesellschaftliche Ganze eingebunden und derzeit besteht die Situation, dass sie zwar gesetzlich bevorzugt behandelt werden, ihr betriebswirtschaftliches Interesse jedoch regelmäßig nicht mehr mit dem der deutschen Volkswirtschaft und Gesellschaft in Einklang verläuft, da die Anteilseigner oft im Ausland sitzen.

Indem wir zeigen, wie sich dieser untragbare und widersinnige Zustand beenden lässt, liefern wir gleichzeitig eine Antwort auf die größte Herausforderung auf dem Gebiet der Wirtschaft: die **wachsende Schere zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern**. Bei Karl Marx verlief die Trennlinie zwischen den Gewinnern und Verlierern noch zwischen den Eigentümern

---

<sup>17</sup> EZB Statistics Bulletin: <https://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000005> ;  
Section 2.8.1 – Aggregated balance sheet of euro area investment funds; assets  
Section 5.2.1 – Output and demand; GDP and expenditure components

<sup>18</sup> Streek, W. und Höpner, M.: Einleitung: Alle Macht dem Markt?, in W. Streek und M. Höpner (Hrsg.): Alle Macht dem Markt? Fallstudien zur Abwicklung der Deutschland AG; Campus, Frankfurt/New York, 2003

der Produktionsmittel (den Unternehmern) und den besitzlosen Arbeitern. Die heutige, durch die „Globalisierung“ erzeugte Trennlinie verläuft anders. Links orientierte Autoren bemerken durchaus zurecht, dass eine regelrechte „**Globale Finanzoligarchie**“ entstanden ist, welche **die Logik der „Sozialen Marktwirtschaft“ aushebelt und durch massive Lobbytätigkeit die Staatspolitik in zentralen Fragen gegen den Willen der Mehrheit, zum Schaden des Gemeinwohls und zum eigenen Vorteil beeinflussen kann.**<sup>19</sup> Die derzeit ablaufende „Globalisierung“ zeichnet sich dadurch aus, dass sie für eine Konzentration von Kapital und damit von Macht bei ganz wenigen internationalen Investoren sorgt,<sup>20</sup> welche sich für die soziale Entwicklung der Gesellschaften, in denen sie ihre Gewinne machen, nicht interessieren.

Hauptsächlich aufgrund dieser Entwicklungen sind in den letzten Jahren globalisierungskritische Parteien weltweit als Gegenbewegung entstanden. Die *Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.* hat erkannt, dass sich **der inhabergeführte Mittelstand und die Arbeiterschaft gemeinsam gegen die entstandene Finanzoligarchie behaupten müssen. Beide würden gemeinsam von einem freiheitlichen Wirtschaftssystem mit deutlich weniger Umverteilung und geringerem Staatsanteil profitieren:** denn bereits untere bis mittlere Einkommensbezieher werden vom Staat durch überbordende Abgaben und Steuern an bzw. unter das Existenzminimum gedrückt,<sup>21</sup> weshalb **alle Leistungsträger der Gesellschaft** – Unternehmer, Freiberufler, Handwerker, Angestellte, Arbeiter – ein **gemeinsames Interesse am Zurückdrängen des „Moloch Staat“** haben sollten!

Linke und manche Konservative vertreten hierzu den Standpunkt, dass nur der Staat im Stande wäre, die Auswüchse der „Globalen Finanzoligarchie“ einzudämmen und deshalb sogar gestärkt werden müsse. Im Prinzip wäre der Staat ja auch die logische Instanz, um diese Auswüchse einzudämmen. Ab wer konkret ist „der Staat“? Er besteht aus Beamten und Politikern, die in seinem Namen handeln. Wesentliche staatliche Entscheider in Deutschland agieren schon seit Jahrzehnten im Interesse der „Globalen Finanzoligarchie“, d.h. gegen die Interessen des eigenen Landes, womit durch einen noch stärkeren Staat Feuer mit Benzin bekämpft würde. Gerade in den oberen Hierarchien, in denen die Entscheidungen fallen, wird der deutsche Staat durch die globalistische Denke fremdbestimmt,

---

<sup>19</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/die-herrschaft-der-finanzoligarchie-der-krieg-der-banken-gegen-das-volk-11549829.html>

<sup>20</sup> Vgl. FN 15 und siehe „147 Konzerne kontrollieren die Wirtschaft“, Neutrale Zeitung Schweiz:

<https://neutralezeitung.wordpress.com/konzerne/147-konzerne-kontrollieren-die-wirtschaft/>

Hierzu ein Zitat aus diesem Artikel von einem der Autoren der unter FN 15 zitierten Studie:

*Die starke Machtballung steht nicht nur im Widerspruch zu einem demokratischen Staatsverständnis, sie gefährdet durch ihre dichte Vernetzung auch die Stabilität des Systems. Glattfelder: „Das Gesamtsystem wird so instabiler, weil sich Probleme leicht ausbreiten können.“ Ein Beispiel dafür sind die Auswirkungen, welche der Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers (sie rangiert(e) auf Platz 34) auf die Finanzwirtschaft hatte. Diese Konzentration von Macht behindert aber auch den Wettbewerb. Die Mitglieder des Kerns seien durch gemeinsame Interessen verbunden, das mache Reformen schwierig“, sagt Glattfelder. .... „Im angelsächsischen Kapitalismus sollte eigentlich Besitzdemokratie herrschen. Tritt man aber einen Schritt zurück, sieht man, dass alle Fäden in sehr wenigen Händen enden.“*

<sup>21</sup> Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) et. al: Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem; erstellt im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, 2017, Kap. 3

weshalb er die ursprüngliche Schutzfunktion für seine Bürger und seine heimische Wirtschaft nicht mehr erfüllen kann. Deshalb ist unter den aktuellen Bedingungen das Zurechtstutzen dieses „von der Gegenseite unterwanderten Staates“ notwendig, wenn wir die Freiheit wiedergewinnen wollen, die gesellschaftliche wie die wirtschaftliche. Der zurechtgestutzte Staat soll sich auf seine vergessene Kernaufgabe beschränken, durch einen ordoliberalen Ordnungsrahmen gleiche Chancen für alle zu bieten,<sup>22</sup> anstatt seine Bürger politisch zu indoktrinieren und wirtschaftlich auszubeuten.

Unter den **Umständen der „Globalen Finanzoligarchie“** kann von **freiheitlicher Marktwirtschaft keine Rede mehr sein**. Freiheitlich ist eine Marktwirtschaft nämlich nur dann, wenn **Chancengleichheit** besteht.<sup>23</sup> Wenn dagegen einzelne Akteure die Macht haben, die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen, pervertieren sie auf Dauer die Marktwirtschaft in ein plutokratisches bzw. neo-feudalistisches System. Im derzeitigen Wirtschaftssystem haben ausgesuchte Akteure die Möglichkeit, die weltweite Ressourcenallokation in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die einfache Bevölkerung – mittelständische Unternehmer inklusive – dient hierbei nur als Manövriermasse für die Interessen des anonymen Finanzkapitals. **Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, diese Vermachtungen zu bekämpfen, Chancen- und Risikogleichheit aller Wirtschaftsteilnehmer zu gewährleisten und die freiheitliche Marktwirtschaft wiederherzustellen, die in Deutschland unter dem Attribut „sozial“ für einen fairen Interessenausgleich aller Marktteilnehmer bekannt war.**

Diese Rückbesinnung auf die heute weitgehend entmachteten Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ ist in Wirklichkeit der moderne Weg nach vorn: weil die „Globalisierung“ - über die Dominanz der „Globalen Finanzoligarchie“ - Strukturen in unserer Gesellschaft geschaffen hat, die an die feudalen Strukturen des Mittelalters erinnern. Die wenigen wirklichen globalen Entscheider spielen heute auf dem Rücken der Menschheit eine ähnliche Rolle wie damals die wenigen Könige und Fürsten auf dem Rücken ihrer Völker: aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht erwächst politische Macht, über der es keine wirkungsvolle Instanz mehr gibt, vor der die Inhaber dieser Macht Rechenschaft ablegen müssten.<sup>24</sup> Das ist purer Neo-Feudalismus! Unter diesem antiquierten, politökonomischen Herrschaftssystem zunehmender Rechtlosigkeit für ehemals freie Bürger wollen wir nicht länger leben. Dieses real existierende Herrschaftssystem wirkt faktisch totalitär, weil es sich antidemokratischer Methoden bedient. In so gut wie allen Staaten wird es hinter der Maske formal-demokratischer Entscheidungsprozesse versteckt. Die westlichen „Demokratien“ verstecken es nur geschickter als offen autokratische Staaten, weshalb man in Bezug auf den Westen auch von „Fassaden-Demokratien“ sprechen kann.

---

<sup>22</sup> Vgl. FN 7

<sup>23</sup> Hamer, E. und Hamer, E.: Globalisierung – theoretisch scheinbar nützlich, unter falschen Prämissen aber schädlich; in: Hamer, E. und Hamer, E. (Hrsg.): Der Welt-Geldbetrug; Aton, 4. Aufl., Unna, 2012, S. 11-35, hier: S. 23

<sup>24</sup> Vgl. FN 8, 9, 15 und 21

## 2.2 Wer gehört zur „Globalen Finanzoligarchie“? Probleme ihrer Privilegierung für die freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

Natürlich braucht jeder Wirtschaftsraum Banken und einen effizienten Kapitalmarkt, wenn er funktionieren will. Unsere Kritik an der „Finanzialisierung“<sup>25</sup> der Weltwirtschaft richtet sich überhaupt **nicht** gegen diejenigen Banken, welche die Realwirtschaft langfristig finanzieren, wir begrüßen deren Wirken sogar ausdrücklich.

Unsere Kritik richtet sich gegen die Etablierung paralleler Herrschaftsformen an den demokratisch gewählten Institutionen vorbei. Wir kritisieren die Pervertierung der Marktwirtschaft unter Ausschaltung ihrer ordoliberalen Gestaltungskraft. Hinter der Maske eines angeblich freien, globalen Marktes ist eine weltweit tätige Oligarchie entstanden, der die Akteure in Wirtschaft und Politik machtlos gegenüberstehen. Zu dieser Oligarchie gehören Organisationen unter der Kontrolle ganz weniger, globaler Entscheider, welche die Beschlüsse demokratisch gewählter, nationaler Parlamente nach Gutdünken beeinflussen und aushebeln. Das geht zu Lasten der Leistungsträger in den jeweiligen Ländern wie Unternehmer, Arbeiter und Angestellte, die Entscheidungen zu Gunsten anderer zwar finanzieren aber nicht wirklich mitentscheiden dürfen.

**Die Organisationen, die zu dieser weltweit tätigen Oligarchie gehören, fassen wir unter dem Begriff „Globale Finanzoligarchie“ zusammen, weil hinter ihnen der Einfluss von sehr viel Kapital steht, das sich eigene Regeln schafft:**

1. Supranationale Organisationen wie das Weltwirtschaftsforum<sup>26</sup> und die EU<sup>27</sup>: Sie maßen sich an, ihre Vorstellungen von Europa und der Welt den betroffenen Völkern ungefragt überzustülpen, mit der Vision der Vereinigten Staaten von Europa bzw. einer Weltregierung. Diese supranationalen Staatsformen können nur totalitär funktionieren, weil sie an die Stelle ehemals freier Entscheidungen vieler freier Menschen (Unternehmer, Arbeiter, Angestellte) das Zwangskorsett eines zentralisierten Oligopols zu Gunsten ganz weniger setzen. **Systeme, die de-facto nach totalitären Mechanismen funktionieren - auch wenn sie sich selbst als angeblich demokratisch bezeichnen - verunmöglichen freiheitliches Wirtschaftstreiben.**
2. Nichtregierungsorganisationen (NGOs): NGOs sehen sich selbst als angebliche Träger der Zivilgesellschaft, sind aber mehrheitlich linkssozialistisch und hebeln die bürgerliche Mitte aus. Ihre Finanzierung läuft zwangsweise über die bürgerlichen Leistungsträger der Gesellschaft, deren Steuern zweckentfremdet werden, um gegen die Leistungsträger Politik mit deren Geld zu machen. Die NGOs sind sukzessive zum Staat im Staate geworden und demokratisch nicht legitimiert. Sie besitzen oft sehr hierarchische interne Strukturen mit wenigen Entscheidern und verhalten sich

---

<sup>25</sup> Die immer weiter steigende Bedeutung des Finanzsektors zu Lasten des Realsektors nennt man auch „Finanzialisierung“.

<sup>26</sup> World Economic Forum, Globale Regierung: <https://www.weforum.org/agenda/archive/global-governance/>

<sup>27</sup> Ziele der EU: [https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-and-goals/overall-goals-eu\\_de#ziele-der-eu](https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-and-goals/overall-goals-eu_de#ziele-der-eu)

intransparent in Hinblick auf ihre diversen Einkünfte. Unter dem Deckmäntelchen angeblicher Weltverbesserung sind sie ein ideales Herrschaftsinstrument der „Globalen Finanzoligarchie“ gegen das Bürgertum in den Nationalstaaten geworden.<sup>28</sup>

Problematisch sind NGOs umso mehr, wenn hinter ihnen eine einzige Person oder ein kleiner Kreis ausgewählter Entscheider stehen, deren Kapitalmacht größer ist als die Kapitalmacht betroffener Staaten, gegen die sie agieren.<sup>29</sup> Um diese Bündelung der Kapitalmacht in einer einzigen Person oder einem kleinen Personenkreis im Hintergrund zu halten, bestehen solche NGOs aus intransparenten Vernetzungen mehrerer Gesellschaften.

Fundiert belegt sind beispielsweise die zahlreichen Vernetzungen von George Soros, dessen Aktivitäten man als eine die Welt untergrabende, private Schattenregierung bezeichnen kann. Diese private Schattenregierung destabilisiert über gewaltsame Regierungswechsel Länder und Regionen (z.B. sogenannter Arabischer Frühling, Ukraine) bzw. nötigt deren Wirtschaftsräume finanziell (z.B. Spekulation gegen das Pfund in Großbritannien).<sup>30,31</sup> Er bedient sich dabei eigener NGOs wie des *Open Society Institute* und des *Project Syndicate*, welches Massenmedien in vielen Sprachen manipuliert. Dies zeigt, wie ein einziger, kapitalkräftiger Repräsentant der „Globalen Finanzoligarchie“ die gewählten Repräsentanten von Staaten steuern kann.<sup>32,33</sup>

Zum Umfeld der NGOs gehören geopolitische Denkfabriken, die politische, wirtschaftliche und militärische Analysen zum Zweck harter Interessendurchsetzung anfertigen. Je nach Anwendung dieser Handlungsempfehlungen können Firmenstrategien von Unternehmen fremdbestimmt bzw. Länder und Regionen destabilisiert werden. Ein Beispiel ist die Organisation *IISS*, die auf dieser vernetzten Klaviatur in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Militär spielt.<sup>34</sup>

3. Finanz-Beteiligungs-Konglomerate: *Blackrock* wurde oben bereits genannt. Zu den Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten gehören die ebenfalls schon besprochenen Investmentbanken wie *Goldman Sachs*. Zu dieser Gruppe gehören auch Staatsfonds aus Norwegen, China oder arabischen Staaten, die sich weltweit an Unternehmen beteiligen. Die reine Finanzierung wirtschaftlichen Wachstums ist notwendig und in Ordnung. Kritisch ist die gleichzeitige Beteiligung ein- und desselben Finanz-Beteiligungs-Konglomerates an Unternehmen, die auf einem Marktsegment im

---

<sup>28</sup> Wie NGOs die Demokratie untergraben; in: Achgut.com, 02.10.2019;

[https://www.achgut.com/artikel/wie\\_ngos\\_die\\_demokratie\\_untergraben\\_teil\\_1](https://www.achgut.com/artikel/wie_ngos_die_demokratie_untergraben_teil_1)

<sup>29</sup> Thilo Spahl, Ludger Weiß, Thomas Bauer auf e. Podiumsdiskussion zum Thema: NGOs – die fünfte Gewalt, ausgerichtet von Magazin Novo – Argumente für den Fortschritt; zit. n. Junge Freiheit Nr. 31-32 (17-28. Juli 2017), Die Fünfte Gewalt, S.6

<sup>30</sup> Europa? Gibt's doch nicht mehr. Interview mit George Soros; in: Wirtschaftswoche, Ausg.v. 4. Jan. 2016;

[www.wiwo.de](http://www.wiwo.de)

<sup>31</sup> George Soros spendet 80 Prozent seines Vermögens und will Steuern sparen; in: Die Welt, Ausg. v. 18.10.2017

[www.Welt.de/wirtschaft/artivle169748287/GeorgeSoros-spend/](http://www.Welt.de/wirtschaft/artivle169748287/GeorgeSoros-spend/)

<sup>32</sup> Geheimes Dokument geleakt: Die „verlässlichen“ EU-Abgeordneten des George Soros; in: Info-Direkt v. 18.02.2017;

[www.info-direkt.eu/2017/02/18/...](http://www.info-direkt.eu/2017/02/18/)

<sup>33</sup> George Soros und sein Plan zur Kolonialisierung Europas; in: Info-Direkt v. 06.02.2017;

[www.info-direkt.eu/2017/02/06/](http://www.info-direkt.eu/2017/02/06/)

<sup>34</sup> Webseite der IISS: <https://www.iiss.org/contact-us/washington>

Wettbewerb zueinanderstehen. Wie z.B. im Chemiebereich an *Bayer* und *Monsanto* gleichzeitig, bevor beide fusionierten.<sup>35</sup> Durch illegalen Informationsaustausch über den gleichen Eigentümer werden der Wettbewerb ausgehebelt, die eigentlich verantwortlichen Geschäftsführungen umgangen und Konzernoligopole weltweit noch mehr zentralisiert.

4. Die „Big Four“ der Wirtschaftsprüfung, *PriceWaterhouseCoopers PWC, Ernst & Young EY, KPMG, Deloitte* wie auch weitere, internationale Wirtschaftsprüfungskanzleien:<sup>36</sup> Hier bestehen die gleichen Probleme mit der weltweiten Oligopolbildung durch illegalen Informationsaustausch wie bei den Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten. Die Wirtschaftsprüfer prüfen in der Regel mehrere Unternehmen aus einer Branche und erreichen dadurch einen Informationsvorsprung gegenüber jedem einzelnen dieser Unternehmen. Dieser Informationsvorsprung besteht auch gegenüber politischen Entscheidungsträgern, die über politisches Lobbying von den „Big Four“ in ihrem Sinne beeinflusst werden. Ein Bericht des *ARD*-Magazins „Die Story im Ersten: Die unheimliche Macht der Berater“<sup>37</sup> vom 25.2.2019 arbeitet klar heraus, wie die „Big Four“ Unternehmen prüfen und gleichzeitig beraten: Erst eignen sie sich Wissen mittels Prüfaufträgen an und verkaufen dieses Wissen anschließend an ihre eigenen Kunden wie auch an deren direkte Wettbewerber. Über lobbyistische Einflussnahmen auf politische Entscheidungsträger schreiben sie sich die Gesetze selbst, die ihre vorhandenen Privilegien auf dem Finanzmarkt weiter verstärken.<sup>38</sup>
5. Ratingagenturen und große internationale, v.a. angelsächsische Anwaltskanzleien: diese arbeiten mit den o.g. Finanz-Beteiligungs-Konglomeraten und internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zusammen, wenn Unternehmen u.a. gemäß des Heuschreckenprinzips erst günstig gekauft, über Beratungshonorare ausgesogen, filetiert, Mitarbeiter entlassen und dann die einzelnen Unternehmensteile teurer weiterverkauft werden.

Zwischen den o.g. 5 Gruppen der „Globalen Finanzoligarchie“ und nationalstaatlichen Regierungen bzw. supranationalen Organisationen besteht der sogenannte „Drehtüreneffekt“. Führungskräfte wechseln zwischen den einzelnen Führungsorganen hin und her; sie unterwerfen formal demokratisch gewählte Regierungen oder Parlamente der faktischen Fremdsteuerung durch die „Globale Finanzoligarchie“. Bekannte Beispiele sind *EZB*-Präsident *Mario Draghi*, Mitglied in der von einer Rockefeller-NGO gegründeten Finanzlobbyistengruppe *Group of Thirty*, der über die Weltbank, die italienische Notenbank und das Finanz-Beteiligungs-Konglomerat *Goldman*

---

<sup>35</sup> Bei *Bayer* und *Monsanto* reden auf beiden Seiten dieselben Investoren mit; in: *Süddeutscher Zeitung*, Ausg. v. 21.09.2016; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/monsanto-und-bayer-bei-bayer-und-monsanto-reden-auf-beiden-seiten-dieselben-investoren-mit-1.3170377>

<sup>36</sup> Vgl. FN 9

<sup>37</sup> Archiv Webseite: [https://programm.ard.de/TV/daserste/die-unheimliche-macht-der-berater/eid\\_281061230661314](https://programm.ard.de/TV/daserste/die-unheimliche-macht-der-berater/eid_281061230661314)

<sup>38</sup> Die fragwürdige Rolle der Wirtschaftsprüfer; in: *Süddeutscher Zeitung*, Ausg. v. 09.07.2018; <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/beratung-die-fragwuerdige-doppelrolle-der-wirtschaftspruefer-1.4045623>

*Sachs* an die Spitze der *Europäischen Zentralbank* wechselte.<sup>39</sup> Oder der Staatssekretär im deutschen Finanzministerium *Jörg Kukies*, der als Student über ein *McCloy*-Stipendium transatlantischen Schliff erhielt, dann ebenfalls bei *Goldman Sachs* Zwischenstation machte und danach die Bundesregierung unterwanderte. Dies sind nur zwei markante Beispiele des weit verbreiten „Drehtüreneffektes“.<sup>40</sup>

**Der bisherige Ansatz marktwirtschaftlich orientierter Autoren in Richtung Steuerentlastungen, Bürokratieabbau und Befreiung der Wirtschaft von administrativen Fesseln ist richtig. Doch greift er viel zu kurz und kann überhaupt keine Lösungen hervorbringen, solange die beschriebenen Vermachtungen der Globalisierung weder kritisiert noch beseitigt werden, da sie die Wurzel des Übels sind. Die Ursachen sind zu bekämpfen, nicht die Symptome!**

Die „*Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.*“ scheut die offene Diskussion darüber nicht und verfügt so über ein Alleinstellungsmerkmal unter den Wirtschaftsverbänden in Deutschland.

## 2.3 Ein wesentlicher Faktor: Privilegien für den Finanzmarkt ohne Pflichten

Bis in die 1990er Jahre war im mitteleuropäischen Raum noch das Bewusstsein dafür vorhanden, dass ein effizienter Finanzsektor auf bedeutenden Privilegien für Kapitalgesellschaften beruht. Aus diesem Grunde war im deutschen Wirtschaftsmodell der „Sozialen Marktwirtschaft“ grundsätzlich dafür gesorgt, dass Aktiengesellschaften und Großbanken ihre bevorzugte Stellung nicht auf Kosten der restlichen deutschen Wirtschaft, v.a. des Mittelstandes und der Arbeiter, ausnutzten. Reste davon zeigen sich bis heute im deutschen Aufsichtsratsmodell einschließlich der Mitbestimmung der Arbeitnehmer und weiterer beteiligter Gruppen wie der Kreditgeber, Kunden und Zulieferer. Im Rahmen der „Deutschland AG“ waren große Unternehmen außerdem grundsätzlich gesellschaftlich eingebettet, was sich in konzentrierten Eigentümerstrukturen und vielfältigen Verflechtungen zwischen Unternehmen und Banken äußerte. Dies verringerte den Einfluss des internationalen Kapitalmarktes auf Deutschland massiv, was Deutschland unabhängig und stark gegenüber ausländischen Finanzanlegern machte. Diese waren und sind ganz im Gegenteil daran interessiert, über den Einfluss zentralistischer, supranationaler Organisationen wie der EU eine selbstbestimmte deutsche Wirtschaftspolitik zu verhindern und die deutsche Industrie durch Aufkäufe immer weiter

---

<sup>39</sup> Mario Draghi wurde hierbei sogar von der Europäischen Ombudsfrau kritisiert, dass er als Chef einer unabhängig anzumutenden EZB gleichzeitig Mitglied in dieser einflussreichen Finanzlobbygruppe war, doch das Europäische Parlament sah dies anders und erlaubt seine weitere Mitgliedschaft; Quelle: EU-ObsERVER, 06.07.2018; <https://euobserver.com/institutional/142299> und EU-ObsERVER, 16.01.2019; <https://euobserver.com/political/143924>

<sup>40</sup> Jörg Kukies: Von Goldman-Sachs ins Finanzministerium – Grenzgänger im Bankenchaos; in: Handelsblatt online, Ausg. v. 11.04.2019; <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/joerg-kukies-von-goldman-sachs-ins-finanzministerium-grenzgaenger-im-bankenchaos/24202608.html>

in ihren Einflussbereich einzugliedern. Mittlerweile sind mehr als die Hälfte der Aktien der DAX-Konzerne (ca. 55 % bei den DAX-30) in nicht-deutscher Hand.<sup>41</sup> Auch zeigt sich ein deutlich zunehmender Trend, denn für die Besitzstrukturen von 23 DAX-Unternehmen sind die Zahlen seit 2005 verfügbar: sie geben einen Anstieg von 48 % auf 58 % in ausländischem Besitz wieder. Als die „Soziale Marktwirtschaft“ noch funktionierte, sahen sich die deutschen Großbanken und Versicherer ausdrücklich als Finanziere der eigenen Wirtschaft und betrieben aktive Industriepolitik für Deutschland. Dies war politisch gewollt und wurde auch durch die entsprechende Gesetzgebung unterstützt.<sup>42</sup>

In den letzten 30 Jahren kam es zu einer immer stärkeren Anpassung der deutschen und europäischen Wirtschaft an das angelsächsische Modell der „Globalen Finanzoligarchie“. Die alten Privilegien blieben dabei bestehen und wurden sogar um neue ergänzt. Die Beschränkungen allerdings, die einen gesellschaftlichen Ausgleich im öffentlichen Interesse geschaffen hatten, wurden schrittweise im Namen einer falsch verstandenen Liberalisierung und „Globalisierung“ abgebaut.<sup>43</sup> Wer im internationalen Investmentbanking Erfolg haben will, darf allenfalls distanzierte und neutrale Beziehungen zu den Industrieunternehmen des eigenen Landes unterhalten. Eine enge Verflechtung der Unternehmen und Banken im Interesse der heimischen Wirtschaft ist dabei nur hinderlich.

Im Modell der „Globalen Finanzoligarchie“ geraten zahlreiche Produkte in den Sog der Finanzmärkte und werden so umgestaltet, dass sie nach der Logik von Wertpapieren funktionieren und somit dem Zugriff der Finanzmärkte ausgesetzt werden. Ein bekanntes Beispiel aus jüngerer Zeit sind die amerikanischen Hypothekendarlehen, die vor der Finanzkrise gebündelt und zu Wertpapieren verbrieft und damit zu anonymen Spekulationsobjekten wurden. Es ist diese direkte oder indirekte Angliederung ursprünglich realwirtschaftlicher Produktmärkte an den Finanzmarkt, die dazu führt, dass der Anteil, den die im Finanzsektor erwirtschafteten Gewinne an den Gesamtgewinnen der Volkswirtschaften haben, immer größer wird – und mit dieser Bedeutung steigen die politischen Einflussmöglichkeiten. Der Anteil der Gewinne des Finanzsektors lag in den USA bereits vor der Finanzkrise bei über 35 %, aber auch in Deutschland ist er in den letzten Jahren deutlich gewachsen.<sup>44</sup> Die Dominanz des Finanzmarktes hat in den letzten Jahrzehnten zu einer ungeheuren **Ausdehnung des Finanzsektors zu Lasten der Realwirtschaft** geführt. Wie eine Studie der *OECD* 2015 festgestellt hat, ist die weltweit vorhandene Kreditmenge seit den 1960er-Jahren dreimal schneller gewachsen als die wirtschaftliche Aktivität.<sup>45</sup> Was bedeutet das?

---

<sup>41</sup> Studie Ernest & Young: „Wem gehört der DAX?“ Analyse der Aktienstruktur der DAX-Unternehmen im Jahr 2018; Juni 2019, online: [http://docs.dpaq.de/13676-ey-wem-gehört-der-dax\\_1\\_.pdf](http://docs.dpaq.de/13676-ey-wem-gehört-der-dax_1_.pdf), Pressemitteilung: [https://www.ey.com/de\\_de/news/2019/06/immer-mehr-dax-aktien-in-auslaendischer-hand](https://www.ey.com/de_de/news/2019/06/immer-mehr-dax-aktien-in-auslaendischer-hand)

<sup>42</sup> Vgl. FN 18, Streeck, W. und Höpner, M.: Einleitung a.a.O., S. 18 ff.

<sup>43</sup> Kapitalismus; in: Berliner Journal für Soziologie 18 (4), 2008, S. 575-595

<sup>44</sup> Nölke, A.: Finanzialisierung als Kernproblem eines sozialen Europas; in: WSI Mitteilungen 1/2016, S. 41-48

<sup>45</sup> OECD-Webseite: <http://www.oecd.org/eco/monetary/finance-growth-inequality.htm>



1. Die Finanzwirtschaft hat sich noch mehr von der Realwirtschaft abgekoppelt.
2. Über Geldschöpfung eignet sich die Finanzwirtschaft Realwerte an.
3. Wenn Kapital schneller vermehrt wird als die Zahl der Arbeitskräfte wächst, wird immer mehr zu Kapital pro Arbeiter angehäuft. Dies führt zu einer fallenden Profitrate für Investitionen, Rendite genannt. Es kommt zum Investitionsstreich, d.h. es wird nicht mehr genug investiert. Der Effekt wird auch als „Säkulare Stagnation“ bezeichnet.<sup>46</sup>
4. Durch zunehmende Kapitalanballungen wächst die Macht der „Globalen Finanzoligarchie“ weiter.

Aus der Ausdehnung und der vordergründigen Liberalisierung des Finanzmarktes darf aber nicht gefolgert werden, die „Globale Finanzoligarchie“ sei eine reinere Form des Wettbewerbs. Im Gegenteil! Soziologen sprechen bei den Akteuren des Finanzsektors sogar von einer „**Entmarktlichung**“ ihres Umfeldes. Diese erwerben ihr Einkommen und Vermögen nicht durch Leistung, sondern hauptsächlich auf Grundlage von Privilegien, die sie vor Wettbewerb schützen. Sie sind „**Plutokraten**“ und Vertreter einer „**Re-Feudalisierung**“ der westlichen Gesellschaft. Dieser Finanzoligarchie stehen **sowohl Arbeiter und Arbeitnehmer als auch mittelständische Unternehmer, Handwerker und Freiberufler gemeinsam** gegenüber. Durch die Schwächung der Gewerkschaften, die Kürzung der sozialpolitischen Anrechte und die Internationalisierung des Wettbewerbs erleben die deutschen Arbeiter und Arbeitnehmer ganz im Gegenteil eine „**Vermarktlichung**“ ihrer Lebenssituation.<sup>47</sup> So ziemlich alles wird zum finanzmarktfähigen Gut erklärt – über CO<sup>2</sup>-Abgaben bald auch die Luft zum Atmen.

Die oben genannte *OECD*-Studie macht im Übrigen auch auf den **Zusammenhang zwischen dem Finanzsektor und der wachsenden Ungleichheit** aufmerksam. In einer Simulation für die *OECD*-Länder kommt sie zu dem Ergebnis, dass „von einer Erhöhung des Finanzmarktanteils am

---

<sup>46</sup> Dies wurde bereits durch Marx in seinen Krisentheorien beschrieben – als das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, ohne allerdings das Gewirr des modernen Geldsystems vollends zu kennen oder berücksichtigen zu können. Doch es ist hochaktuell. Führende Volkwirte wie Hans-Werner Sinn, Carl Christian von Weizsäcker und Lawrence Summer, ehemaliger Finanzminister in den USA, gehen auf diesen Effekt ebenfalls ein. Investitionen lohnen sich nicht mehr genügend im Vergleich zu einer Nicht-Investition mit der sicheren Rendite von Null. Dies wird als „Säkulare Stagnation“ bezeichnet. Ansätze zur Bekämpfung sind verschieden, einige schlagen staatliche Investitionen vor, andere – allen voran die EZB – wollen private Investitionen wieder relativ zur Alternative des Geldhortens, also des Nicht-Investierens, interessanter machen. Dies soll derlei passieren, dass die Zinsen für das Horten von Geld auf der Bank negativ sind, also das Bunkern von Geld, statt es zu investieren, bestraft wird und Investitionen so wieder, relativ gesehen, rentabler werden. Allerdings hat die EZB nur einen begrenzten Spielraum für Negativzinsen, denn sonst lagern die großen Institute ihr Kapital lieber als Bargeld in Tresoren. In diesem Kontext sind auch die vorgeschlagene Bargeldabschaffung und das Ausmustern der 500-Euro-Banknoten zu sehen, da beides der EZB mehr Spielraum nach unten für negative Zinsen gibt. Kernproblem all dieser Vorschläge ist, auf dem Weg in die staatlich gelenkte Wirtschaft, dass sie nur das Symptom, aber nicht die Ursache bekämpfen. Die eigentliche Ursache ist die Geldflut eines Fiat-Geldsystems auf Basis von Kredit – nur niemand der Etablierten scheint die eigentliche Ursache beseitigen zu wollen, warum sollte die EZB auch ihre eigene Machtbasis unterminieren?

Sinn, H.-W.: Marx' wahre Leistung; in: Die Zeit, 26.01.2017, S.22 online:

[http://www.hanswernersinn.de/de/ZEIT\\_26012017](http://www.hanswernersinn.de/de/ZEIT_26012017)

Marx, K. und Engels, F.: Werke, Band 25, Das Kapital, Bd. III, Dritter Abschnitt, S. 221-241, Dietz Verlag, Berlin/DDR, 1983; online: [http://www.mlwerke.de/me/me25/me25\\_221.htm](http://www.mlwerke.de/me/me25/me25_221.htm)

<sup>47</sup> Neckel, S.: Die neuen Oligarchien — Vorboten der Reifeudalisierung; in: Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, Heft 6/2016, S. 20-23

Bruttoinlandsprodukt alle Einkommensschichten einen Nachteil hätten mit Ausnahme der obersten 10 Prozent.“

Die Wirtschaftspolitik für einen selbstbestimmten, heimischen Wirtschaftsraum knüpft bei der Einordnung des Phänomens der „Globalen Finanzoligarchie“ an die intellektuellen Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“ an. Den Ordoliberalen um Walter Eucken war klar, **dass bestimmte rechtliche und institutionelle Bedingungen erfüllt sein müssen, wenn der Wettbewerb seine organisatorische Aufgabe wahrnehmen können soll.** Wo diese Bedingungen nicht erfüllt sind, kommt es zu gravierenden Fehlentwicklungen innerhalb der Marktwirtschaft, auch Marktversagen genannt. Insbesondere Machtzusammenballungen dürfen nicht geduldet werden, **was Walter Eucken in dem markanten Satz ausdrückte: „Es sind also nicht die sogenannten Missbräuche wirtschaftlicher Macht zu bekämpfen, sondern wirtschaftliche Macht selbst.“**<sup>48</sup>

Die Annahme, dass staatliche Gesetzesmacht ein größeres Problem als private Marktmacht sei, verkennt, dass weltweit tätige Finanz-Beteiligungs-Konglomerate oder privatfinanzierte NGO's sehr wohl in der Lage sind, Staaten bzw. deren nominelle Entscheider aus dem Hintergrund zu lenken.<sup>49</sup> Natürlich gibt es staatlichen Machtmissbrauch aber private Marktmacht kann ihre Interessen besonders clever durchsetzen: über die „Nutzung“ staatlicher Gesetzesmacht.

Ein weiteres Privileg für Kapitalgesellschaften besteht darin, diese ineinander verschachteln zu können, womit multinationale Unternehmen durch die Wahl geeigneter Verrechnungspreise bzw. Lizenzgebühren in die Lage versetzt werden, ihre **Gewinne in Ländern anfallen zu lassen, wo es für sie steuerlich am günstigsten ist.**<sup>50</sup> **Multinationale Großkonzerne zahlen so im Schnitt bis zu 30 Prozent weniger Steuern als Mittelständler.**<sup>51</sup> Die Chancenungleichheit zwischen den großen Kapitalgesellschaften und dem Mittelstand ist hier offensichtlich.

Noch ein Privileg, das mit der „Globalen Finanzoligarchie“ in Deutschland Einzug gehalten hat, besteht darin, dass Unternehmen, die sich auf den internationalen Kapitalmärkten finanzieren, sich über das Internationale Rechnungslegungsstandardgremium **ihre eigenen Rechnungslegungsstandards (IFRS)** geben können, nach denen sie ihre Anteilseigner informieren und ihre Gewinne berechnen. Das über *IFRS* praktizierte kurzfristige **„Nach-Oben-Rechnen“ von Vermögensgegenständen** (Zeitwertbilanzierung oder Fair-Value-Accounting) stammt aus dem angelsächsischen Raum und lehnt sich eng an die **kurzfristige** Perspektive des Finanzsektors an. Adressat der Rechnungslegung sind nurnmehr die internationalen Investoren, aus deren Sicht

---

<sup>48</sup> Zitiert von: Oswalt, W.: Was ist Ordnungspolitik? in: Oswalt, W. (Hrsg.): Walter Eucken, Ordnungspolitik; Lit-Verlag, Münster, 1999, S. 63

<sup>49</sup> Vgl. FN 30 ff. Siehe auch die Vorwürfe Viktor Orbáns gegen George Soros im Detail: <http://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/viktor-orbans-festrede-zum-170-jahrestag-der-revolution-und-des-freiheitskampfes-von-1848-49>

<sup>50</sup> Lawson T. The Modern Corporation: The Site of a Mechanism (of Global Social Change) that Is Out-of-Control? in: Archer M. (Hrsg.): Generative Mechanisms Transforming the Social Order; Springer, 2015, S. 205-230, S. 208

<sup>51</sup> Multis zahlen 30 Prozent weniger Steuern; in: FAZ, Ausg. v. 13.11.2014; <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/steuerflucht-die-multis-zahlen-30-prozent-weniger-steuern-13263752.html>

ausschließlich der „**Shareholder-Value**“ eines Unternehmens zählt, also dessen aktueller Marktwert. Ziel ist es, Unternehmensanteile jederzeit verkaufen oder kaufen zu können und die Zeitwertbilanzierung soll die hierzu nötigen Informationen liefern. Die klassische **HGB-Bilanzierung nach Anschaffungskosten** orientiert sich dagegen nicht allein am Aktionärs- und Investoreninteresse, also an der Frage, wann und zu welchem Preis die Unternehmensanteile auf dem Finanzmarkt kurzfristig gehandelt werden können. Sie ist stattdessen auf die Produktivität der Unternehmen ausgerichtet. Investitionen in wertschöpfende Produktions-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen zahlen sich **nur mittel- und langfristig** aus. Der aktuelle Marktwert ihrer Anlagen spielt für diese Betrachtung nur eine untergeordnete, wenn nicht gar irrelevante Rolle.<sup>52</sup> Bei dieser Art der Rechnungslegung steht die bilanzierende Firma selbst im Mittelpunkt – vor allem ihr langfristiges Prosperieren inklusive ihrer Mitarbeiter – was für die „Globale Finanzoligarchie“ nicht von Interesse ist, die auf kurzfristige Gewinnmaximierung abzielt. In Verbindung mit der staatlichen Rettungsgarantie für große Banken und der generellen Haftungsbeschränkung für Kapitalgesellschaften ist die Möglichkeit, sich selbst eigene Rechnungslegungsstandards zu geben, fast schon eine Einladung dazu, sich die Gewinne und Aktienwerte im Aufschwung schönzurechnen, da die drohenden Verluste im Abschwung ja sozialisiert werden können. Nichts anderes ist im Zuge der Finanzkrise des Jahres 2008 geschehen.<sup>53</sup>

Ein wesentliches Privileg für den Bereich der Großbanken und Konzerne ist der Ausschluss der persönlichen Haftung. Schon Eucken hat darauf aufmerksam gemacht, dass eigentlich sämtliche Kapitalgesellschaften insofern privilegiert sind, als ihre Haftung auf das Unternehmenskapital beschränkt ist und **die persönliche Haftung der Anteilseigner aufgehoben** ist.<sup>54</sup> In einer Wettbewerbsordnung habe aber die handelnde Person zu haften. Wenn nur die juristische Person (die Kapitalgesellschaft) haftet, werde die persönliche Haftung abgewälzt und damit **ein wesentlicher Bestandteil des marktwirtschaftlichen Lenkungsmechanismus außer Kraft gesetzt**.

Im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ – bei Firmenbeteiligungen über die damalige „Deutschland AG“ umgesetzt – herrschte noch ein konservatives Werteverständnis bei den damaligen Entscheidungsträgern, das dafür sorgte, dass sie sich einigermaßen konform zu Art. 14 (2) GG verhielten, in dem es heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Kurzum, solange die „Soziale Marktwirtschaft“ funktionierte, hatte sie einen ethischen Bezug, der über die reine Gewinnmaximierung hinausging. Wenn wir die „Soziale Marktwirtschaft“ wiederherstellen wollen, müssen wir auch den ethischen Bezug zwischen Wirtschaft und Gesellschaft wiederherstellen, wofür sich beispielsweise die christliche Sozialethik

---

<sup>52</sup> Nölke, A.: Politik der Finanzialisierung. Zum Wohlfahrtsbeitrag des Finanzsektors in Rechnungslegungsstandards und volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung; in: Heires, M. und Nölke, A. (Hrsg.): Politische Ökonomie der Finanzialisierung; : Springer VS, Wiesbaden, 2014, S.79-94, S. 83

<sup>53</sup> Schildbach, T.: Fair Value Accounting. Konzeptionelle Inkonsistenzen und Schlussfolgerungen für die Rechnungslegung; Franz Vahlen, München, 2015, Kapitel 8

<sup>54</sup> Eucken, W.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik; Mohr Siebeck, 7. Aufl., Tübingen, 2004, Kapitel 16.6.

anbietet. Im Gegensatz dazu ergibt es in der seelenlos agierenden „Globalen Finanzoligarchie“ keinen Sinn, ja es gereicht sogar zum Nachteil, sich an ethische Grundsätze zu halten.

**Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine Summe sich wechselseitig verstärkender Privilegien für die börsennahen Akteure des Finanzsektors besteht – also hauptsächlich für von internationalen Managern anonym geführte Banken, Finanz-Beteiligungs-Konglomerate, Kapitalgesellschaften und Konzerne – die zu Lasten der inhabergeführten Unternehmen des Mittelstandes, ihrer Mitarbeiter und des gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls gehen.**

## 2.4 Zentralbanken: Im Finanzmarkt besonders privilegiert

Die Akteure auf dem Finanzsektor werden an zahlreichen Stellen rechtlich und institutionell bevorzugt. **Als größtes Privileg wird die Existenz heutiger Zentralbanken verstanden, die – wie die *Federal Reserve Bank* der USA – zum Teil sogar privat sind.** Um ihr – unrealistisches! - Ziel permanenten Wirtschaftswachstums zu konstanten und moderaten Inflationsraten zu erreichen, müssen die Zentralbanken im gegenwärtigen, kreditbasierten Geldsystem unter allen Umständen vermeiden, dass die Geschäftsbanken zusammenbrechen und das können sie wiederum dadurch erreichen, dass sie einen Einbruch des Wertpapiermarktes verhindern.<sup>55</sup> In der Eurokrise hat die Europäische Zentralbank (*EZB*) sogar ganz bewusst und aktiv die südeuropäischen Staaten und deren Bankensysteme vor dem Einfluss des Kapitalmarktes geschützt, indem sie es den nationalen Notenbanken erlaubt hat, eigenständig billige Kredite gegen fragwürdige oder gar keine Sicherheiten zu vergeben.<sup>56</sup> Die *EZB* hat hier als **Kreditgeber letzter Instanz** fungiert, eine Korrektur durch den Markt verhindert und somit die betroffenen Banken und Staaten „per Insolvenzverschleppung gerettet“. Da es nun für die großen, systemrelevanten Banken implizit eine Rettungsgarantie gibt, ist die staatliche Geldpolitik in Abhängigkeit von den großen Geldinstituten geraten, deren Fortbestand sie gewährleisten muss. Regierung und Zentralbanken leben in unheilvoller Symbiose zu Lasten kleiner Banken und der Menschen: Die Regierungen garantieren den Zentralbanken ihre Existenz – diese finanzieren im Gegenzug die Regierung über (illegale aber von der *EZB* inzwischen fast offen praktizierte) zins- und damit kostenfreie Staatsfinanzierung. **Von einer derart privilegierten Stellung können Akteure jenseits des Finanzsektors nur träumen. Für kleine Unternehmen, die über keine derartigen Garantien verfügen, ist das ein eindeutiger Wettbewerbsnachteil.**<sup>57</sup>

<sup>55</sup> Hülsmann, J. G.: Krise der Inflationkultur; Finanz Buch Verlag, München, 2013, Kap. 8

<sup>56</sup> Sinn, H.-W.: Die Target-Kredite der Deutschen Bundesbank; Sonderausgabe des ifo Schnelldienstes vom 21.3.2012, Abschnitt 3; [http://www.cesifo-group.de/DocDL/Sd\\_Sonderausgabe\\_20120321.pdf](http://www.cesifo-group.de/DocDL/Sd_Sonderausgabe_20120321.pdf)

<sup>57</sup> Bernanke, B. Financial Reform to Address Systemic Risk, Rede beim Council on Foreign Relations, Washington D.C., 2009; <https://www.federalreserve.gov/newsevents/speech/bernanke20090310a.htm>

Ähnlich sieht es aus mit den **staatlichen Rettungsgarantien für große Banken** (Stichwort „too big to fail“). Auch diese sind eigentlich nichts anderes als explizite und implizite Subventionen für die Anteilseigner und Gläubiger der Banken. Die Gewinne werden privat vereinnahmt, die Verluste über die Steuerzahler sozialisiert. Die staatlichen Markteingriffsinstrumente (z.B. *Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM*) sind gar nicht darauf ausgerichtet die südeuropäischen Staaten zu retten, sondern die westlichen Banken, die in diesen Ländern Anlagen getätigt haben.<sup>58</sup> Es darf aber nicht Aufgabe des Staates oder der Zentralbanken sein, den privaten Eigentümern auf dem Finanzsektors drohende oder anfallende Verluste abzunehmen und sie auf die Steuerzahler abzuwälzen. **Dies bedeutet außerdem nichts anderes als eine zusätzliche Belastung der Realwirtschaft, v.a. des unternehmerischen Mittelstandes, der Arbeiter und Angestellten.**

### **3.1 Gegenentwurf zum herrschenden, globalistisch-zentralisierten Wirtschaftsmodell: freiwillige Kooperationen souveräner Länder-AGs - Vorschlag für eine bessere, Deutschland umfassende internationale Wirtschaftsordnung**

Kritiker einer Wiedererrichtung der „Deutschland AG“ merken an, dass diese ebenso als Klügelwirtschaft gesehen werden könne, wie die „Globale Finanzoligarchie“ – ja und nein. Einerseits war die „Deutschland AG“ ein Netzwerk gegenseitiger Einflussnahmen, andererseits beschränkte sich dieses Netzwerk auf die nationale Ebene und erhob keinen globalen Alleinvertretungsanspruch. Es handelte sich vielmehr um Überkreuzinvestitionen unter Regie der deutschen Finanzwirtschaft und Politik, um dadurch einen Ausverkauf der deutschen Wirtschaft an das Ausland zu verhindern. Damit ist die „Deutschland AG“ ordnungspolitisch als positiv zu bewerten, weil es ohne nationale Gegenmacht gegen die Macht der „Globalen Finanzoligarchie“ nicht geht. **Der Gegenentwurf lautet: Zusammenarbeit einer neuen – souveränen und von der EU unabhängigen (!) - „Deutschland AG“ mit gleichartigen „Länder-AG’s“ in Ungarn, Italien, China, USA, Russland, Brasilien usw., um die schrankenlose Macht der „Globalen Finanzoligarchie“ wieder in eine internationale Ordnung zu integrieren: diese neue internationale Ordnung ist jetzt weltweit im Entstehen begriffen.**

**Das historische Zeitfenster zur ihrer Etablierung ist günstig, solange die „nationalen USA“ um Präsident Trump den „globalen USA“ um die „Globale Finanzoligarchie“ und ihren politischen Erfüllungsgehilfen (Clinton, Merkel u.a.) erfolgreich die Stirn bieten.**

Wie soll diese neue internationale Ordnung verfasst sein?

Ähnlich der früheren *EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)*, bevor die *EU (Europäische Union)* die Macht an sich zog: JA zu wohlfahrtssteigerndem Handel zwischen souveränen nationalen

---

<sup>58</sup> Varoufakis, Y. et al.: Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise; Kunstmann, München, 2015

Wirtschaftsräumen, die dezentral ihre eigenen Entscheidungen treffen. NEIN zu einer zentralistischen Kommission und ihrem Beamtenapparat, die quasi-diktatorisch Macht ausüben und die nationalen Wirtschaftsräume bürokratisch lahmlegen sowie finanziell aussaugen.

Ohne nationalstaatliche Grenzen kann es weder Freiheit noch Wohlstand geben: je mehr bürgerliche Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstand eine Gesellschaft genießt, desto effektivere Abwehrmechanismen gegenüber außen benötigt diese Gesellschaft, um kein Ziel für Plünderer und Unterdrücker zu werden. Im Gegensatz zum Altertum kommen die modernen Vandalen und Hunnen nicht mehr auf Pferden geritten, sondern verstecken ihren Herrschaftsanspruch hinter „gutmenschlichem Auftreten“, um Plünderung und Unterdrückung zu betreiben. Entsprechend benötigen wir ordentliche Wälle, d.h. Abwehrmechanismen gegenüber diesen Horden der Neuzeit, um die noch existierenden freien Gesellschaften zu schützen. Der Schutz der Staatsgrenzen ist für den deutschen Nationalstaat unverzichtbar, wenn er seine freie Gesellschaft erhalten, den Zumutungen des globalen Neo-Feudalismus entgegentreten und wirtschaftlich prosperieren möchte.

### 3.2 Die Lösung: Selbstbestimmte Wirtschaftspolitik auf nationalstaatlicher Basis

Der oben im Kapitel 2 beschriebene Zustand verschiedener Privilegierungen für den Finanzmarkt ist nicht mehr hinnehmbar. Die weltweit zunehmende, einseitige Bevorzugung einiger weniger, großer Akteure zerstört nicht nur den marktwirtschaftlichen Wettbewerb, sondern auch das Vertrauen in unser demokratisches pluralistisches System und fördert damit die Radikalisierung in allen politischen Lagern. Wenn für das Funktionieren von Großunternehmen und Großbanken Vorrechte gewährt werden, dann muss diesen Vorrechten ein gesellschaftlicher Ausgleich gegenüberstehen. Dies war der Wesenskern der „Sozialen Marktwirtschaft“ gewesen, bevor sie seit spätestens den 1990er Jahren ausgehöhlt wurde. Wenn der gesellschaftliche Ausgleich von den Profiteuren der „Globalisierung“ nun aber vehement abgelehnt wird, müssen die vorhandenen Privilegien eben per gesetzlicher Regelungen abgebaut werden. **Diese gesetzlichen Regelungen können nur noch auf der Ebene souveräner Nationalstaaten erfolgen, weil die supranationalen Organisationen wie EU, WTO, IWF, Weltwirtschaftsforum usw. von den Akteuren des globalisierten Finanzmarktes bereits zu stark beeinflusst werden.** Damit ist klar, warum ein selbstbestimmter, heimischer Wirtschaftsraum nur auf der Basis sich gegenseitig respektierender, souveräner Nationalstaaten funktionieren kann, die zuvorderst die Interessen ihres jeweiligen, heimischen Wirtschaftsraumes und der in ihm lebenden Bürger vertreten!

Dieser kommende Zustand souveräner Einzelstaaten bzw. Wirtschaftsräume widerspricht dem Interesse der „Globalen Finanzoligarchie“, weil damit ihre auf Zentralismus basierende Macht abnimmt. Es ist für sie einfacher, den Verwaltungsapparat z.B. nur einer einzigen EU zu infiltrieren, als das gleiche in 27-28 Mitgliedsstaaten mühsam durchführen zu müssen.

Wenn wir den bestehenden Zustand ändern wollen und das betriebswirtschaftliche Interesse auch der Großunternehmen wieder in Einklang mit den Interessen des Gemeinwohls in Deutschland bringen wollen, dann bedeutet das überhaupt nicht, dass wir Deutschen das auf Kosten anderer Nationen erreichen wollen. Vielmehr sind wir der Überzeugung, dass unser Konzept „Faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - heimische Wirtschaft zuerst“ in allen Staaten der Erde angewendet werden kann, in denen sich die politische und wirtschaftliche Führung loyal gegenüber ihren eigenen Bürgern verhält. Es würde der Wirtschaft **aller** Nationen guttun, sich von der neo-feudalistischen, plutokratischen Privilegienwirtschaft der „Globalen Finanzoligarchie“ loszusagen. Dazu ist eine internationale Zusammenarbeit der betroffenen Staaten notwendig, die zuerst ihre nationale Souveränität gegenüber zentralistischen, supranationalen Organisationen wiedergewinnen müssen, um das Konzept anschließend auf gleichberechtigter Basis, gemeinsam mit anderen Nationalstaaten, umzusetzen. Als Beispiel gebend kann die aktuelle Politik Ungarns unter Staatspräsident Orbán gegenüber der *EU* herangezogen werden. Die *USA* unter Präsident Trump verfolgen eine ähnliche Politik und aufgrund des Gewichtes der *USA* in der weltweiten Wirtschaft und Politik ist zu erwarten, dass sich diese neue Linie auch in Europa durchsetzen wird, trotz der erbitterten Widerstände der Brüsseler Bürokratie und ihrer Erfüllungsgehilfen in Berlin, Paris und anderen Hauptstädten.

Alle, die das kulturelle, menschliche und wirtschaftliche Erbe ihrer jeweiligen Region oder Nation bewahren wollen haben ein Interesse daran, den Einfluss der globalistisch-zentralisierten Kräfte – welche die marktwirtschaftlichen Selbstregulierungsmechanismen weltweit untergraben – gemeinsam zurückzudrängen. An erster Stelle kommt diese vornehme Aufgabe dem inhabergeführten Mittelstand zu. Man könnte versucht sein, zu fordern: **„Mittelständler aller Länder, vereinigt Euch!“**

Dabei ist zu betonen, dass das Konzept „Faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - heimische Wirtschaft zuerst“ nicht nur für kleinere, binnenmarktorientierte Unternehmen gewinnbringend ist. Auch für größere und international tätige mittelständische Unternehmen wird es auf Dauer von Vorteil sein, wenn sie rechtlich und steuerlich nicht mehr benachteiligt werden, durch Vorrechte für ihre direkten Konzernkonkurrenten. Gerade die großen, exportorientierten mittelständischen Unternehmen sind es ja, die einen besonders hohen Anteil an der deutschen Steuerlast zu tragen haben.<sup>59</sup>

Der Grundsatz aller Reformen muss lauten: **Liberale Deregulierung und Entbürokratisierung sind richtig, sofern sie für mehr Freiheit und marktwirtschaftliche Selbstregulierung in mittelständisch organisierten Märkten sorgen. Sobald sie jedoch von privilegierten Akteuren als Mittel zur Beherrschung der Märkte eingesetzt werden, sind sie schädlich.**<sup>60</sup>

---

<sup>59</sup> Gebhardt, H. und Siemers, L.-H. R.: Die relative Steuerbelastung mittelständischer Kapitalgesellschaften: Evidenz von handelsbilanziellen Mikrodaten; in: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 66 (1), S. 1-35

<sup>60</sup> Vgl. FN 23, Hamer, E. und Hamer, E. Globalisierung a.a.O., S. 29.

Ein wichtiges Prinzip muss es daher sein, mit den Entprivilegierungen bei den Profiteuren der „Globalen Finanzoligarchie“ anzufangen. Auch wenn in einer funktionierenden Marktwirtschaft Maßnahmen wie der Mindestlohn kontraproduktiv wirken, **sollte die Wirtschaftspolitik nicht bei den Geringverdienern ansetzen, solange die großen Wirtschaftsakteure über viel umfassendere Vorrechte verfügen.** Erst wenn für marktwirtschaftliche Chancen- und Risikogleichheit im Wettbewerb gesorgt ist, lassen sich Reformen auch für die „Kleinen Leute“ rechtfertigen.

### 3.3 Verhältnis des neuen, souveränen deutschen Wirtschaftsraums zur EU

Die *EU* ist eine zentralistische, antimarktwirtschaftliche, freiheitsfeindliche und die Bürokratie fördernde Herrschaftsmaschine geworden. Gleichschaltung, Lobbyismus, Planwirtschaft und Überregulierung werden mit dem positiv besetzten Begriff „*Europa*“ verschleiert, nachdem der Begriff „*EU*“ zunehmend kritisch gesehen wird. Mittels Scheinlogik wird die Institution „*EU*“ - welche erst seit 1993 existiert! - als angebliche Bewahrerin des europäischen Friedens seit 1945 hingestellt, um jede Kritik an ihr zu diskreditieren und sie als Heiligtum zu preisen. So ist nachvollziehbar, wieso viele Bürger diese *EU* für etwas Grundgutes halten: die nachhaltige Propaganda der *EU* über ihre großzügig ausgestatteten „Kommunikationsabteilungen“ zeigt Wirkung. Doch hinter dieser freundlichen Fassade können sich - abseits öffentlicher Kontrolle - Zentralismus, Machtmissbrauch und Totalitarismus umso unbehinderter ausbreiten.

Die ca. 25.000 Lobbyisten, die in und um Brüssel tätig sind, manipulieren erheblich den *EU*-Gesetzgebungsprozess. Die über 50.000 privilegierten *EU*-Beamten in diversen *EU*-Institutionen erfinden laufend neue bürokratische Überregulierungen, die über unsere Unternehmen und Bürger hereinbrechen.<sup>61,62</sup> Immer weniger kleine Unternehmen können es sich aber leisten, diese weiter steigenden, bürokratischen Anforderungen zu erfüllen, weshalb davon ausgegangen werden kann, dass am Ende dieses Prozesses vor allem wenige, globale Großunternehmen übrig bleiben werden – ist die laufende Zerstörung des Mittelstandes nur ein Kollateralschaden oder etwa gar ein Ziel der *EU*? Die übrig gebliebenen Großunternehmen schöpfen dann Oligopolgewinne zu Lasten der Konsumenten ab, sobald der mittelständische Wettbewerb weitgehend eliminiert sein wird. Insofern ist es unrealistisch zu erwarten, dass bei einer fortdauernden *EU*-Mitgliedschaft Deutschlands diese Probleme gelöst werden können, weil die Überbürokratisierung als Herzstück untrennbarer Bestandteil dieser *EU* ist! **Das schädigt unsere Wirtschaft immens, weshalb der „Dexit“ – ein eventueller Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union - ergebnisoffen diskutiert werden sollte:** nicht nur was wir dabei verlieren, sondern auch was wir dabei gewinnen können.

---

<sup>61</sup> Quelle: Lobbycontrol-Webseite; <https://www.lobbycontrol.de/schwerpunkt/lobbyismus-in-der-eu/>

<sup>62</sup> Über 50.000 Beamte und 8 Mrd. € Verwaltungsausgaben – vgl. „EU-Wahnsinn“; in: Focus Online, Ausg. v. 20.05.2014; [https://www.focus.de/finanzen/steuern/buerokratie-monster-in-bruessel-doppeltes-parlament-55-000-beamte-so-verprassen-die-eu-buerokraten-unsere-steuer-milliarden\\_id\\_3856118.html](https://www.focus.de/finanzen/steuern/buerokratie-monster-in-bruessel-doppeltes-parlament-55-000-beamte-so-verprassen-die-eu-buerokraten-unsere-steuer-milliarden_id_3856118.html)



Selbstverständlich würde ein solcher „Dexit“-Versuch mit allerlei realen und mit noch mehr erfundenen Argumenten stark bekämpft, da dies zum Ende dieser *EU* führen würde, womit die Pfründe des Establishments deutlich reduziert wären.

### 3.4 Verhältnis der Leistungsträger der Gesellschaft zu den Empfängern von Sozialleistungen

Es geht darum, das weitere Ausbluten der deutschen Wirtschaft zu verhindern und einen neuen, prosperierenden und selbstbestimmten Nationalstaat Bundesrepublik Deutschland aufzubauen: zum gemeinsamen Wohle unserer Unternehmer, Handwerker, Freiberufler, Arbeiter, Angestellten und des produktiven Teils des öffentlichen Dienstes. Die wirklich Bedürftigen dürfen dabei nicht vergessen werden! Je mehr Einkommen unsere Leistungsträger der Gesellschaft auch nach Steuern erzielen, desto zielgerichteter können sie unsere Schwachen, Kranken, Armen und Abgehängten unterstützen. **Das wird ein wirtschaftlich effizienter Sozialstaat, der endlich anerkennt, dass die Leistungsträger der Gesellschaft nicht noch mehr gemolken werden dürfen, sondern entlastet gehören, um den zu kurz Gekommenen wirklich helfen zu können.** Nach dem Prinzip nationalstaatlicher Solidarität müssen unsere eigenen Bürger,<sup>63</sup> die in den Sozialstaat einbezahlt haben, deutlich mehr Rechte haben als die kürzlich Zugewanderten, die für unseren Staat bzw. unser Sozialgefüge noch nichts geleistet haben. Unterstützungsleistungen für angebliche Flüchtlinge oder Asylbewerber sind grundsätzlich zu hinterfragen, wenn sie keine sind, was meistens der Fall ist. Alles andere ist ungerecht gegenüber unseren eigenen Leistungsträgern und Bedürftigen.

### 3.5 Grenzen der Finanzierbarkeit des öffentlichen Dienstes aufgrund abnehmender Nettosteuerzahler

Das Gros der deutschen Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst erfüllt wichtige Aufgaben, um die Funktionsfähigkeit des Staates zu gewährleisten: in den Verwaltungen, in den Schulen, bei der Polizei, bei der Bundeswehr usw.

Wir haben in Deutschland, gerechnet auf 83 Millionen Einwohner, nur noch 27 Millionen sogenannte „Nettosteuerzahler“, die in den Staat über Steuern und Abgaben mehr hineinbezahlen, als sie über Unterstützungsleistungen von ihm erhalten. Allerdings sind von diesen 27 Millionen Nettosteuerzahlern nur noch 15 Millionen echte Nettosteuerzahler, weil die anderen 12 Millionen

---

<sup>63</sup> DEFINITION: Unter „eigenen Bürgern“ verstehen wir gleichermaßen deutsche Staatsbürger und langfristig in Deutschland lebende, wirklich integrierte Ausländer, die über eine gültige Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis verfügen und hier Steuern zahlen. Selbstverständlich müssen beide Gruppen unsere deutsche Leitkultur und Traditionen akzeptieren, sich auf Deutsch niveauvoll mündlich und schriftlich ausdrücken können, sich für unser grundgesetzlich verfasstes Staatswesen einsetzen.

wiederum Beamte oder Angestellte im öffentlichen Dienst sind, deren Gehälter von den übrig gebliebenen 15 Millionen Leistungsträgern in der Privatwirtschaft über Steuern erst einmal verdient werden müssen. D.h. nur noch 15 Millionen Produktive ziehen den Karren mit insgesamt 83 Millionen Insassen (sich selbst sowie kleine Kinder, Schüler, Studenten, Erwerbslose, Erwerbsunfähige, Arbeitslose, Kranke, Rentner, im öffentlichen Dienst Tätige und die zunehmende Anzahl an Niedrigverdienern). Dieses Missverhältnis verheißt nichts Gutes für die zukünftige Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft.<sup>64 65</sup>

Um es klar zu sagen: das Gros der Beamten sowie Angestellten im öffentlichen Dienst arbeitet gewissenhaft und ist eine zuverlässige Stütze der Nation. Das Aufblähen des Staatsapparates über die letzten Jahrzehnte kann aber nicht mehr endlos weiter finanziert werden, weil dieser Staatsapparat dringend auf ein vernünftiges Maß reduziert werden muss, um die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und seiner Leistungsträger nicht dauerhaft zu überfordern. Ansonsten endet das in einer Situation in der sich z.B. Frankreich im Moment befindet – lebensfähig nur dank einer Europäischen Zentralbank, welche die absurd hohe Staatsquote über weitere Schulden finanziert. Es gebietet der Mut zur Wahrheit, diese Notwendigkeit ehrlich anzusprechen! Die Einsparmaßnahmen sollten ganz oben in den Ministerialbürokratien beginnen, in denen eher politisch gemauschelt wird, anstatt wirklich zu arbeiten. Je weiter unten in den Hierarchien Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst tätig sind, desto produktiver erbringen sie konkrete Leistungen für die Bürger und sollten möglichst an Bord bleiben.

#### **4.1 Wirtschaftspolitik im nationalen Interesse: Wirtschaftliche Souveränität ist Voraussetzung für nationale Souveränität – konkrete Ziele**

**Deutschland AG wiedererrichten:** Das waren die gegenseitigen Kapitalverflechtungen zwischen inländischen Unternehmen und inländischen Banken. Dieses nationale Finanzierungssystem stand hinter der Sozialen Marktwirtschaft von 1949 bis in die 1990er Jahre.

**Währungssouveränität wiedergewinnen:** Jede wirtschaftliche Selbstbestimmung beginnt mit der Selbstbestimmung über die eigene Währung. Wir fordern die Abschaffung des Euro und Einführung einer neuen Deutschen Mark. Diese wird zu Beginn aufwerten aber die Folgen für die deutsche Exportwirtschaft werden weitaus weniger dramatisch sein, als behauptet. Sogar das *Prognos*-Institut stellte im Auftrag der regierungstreuen Bertelsmann-Stiftung fest, dass die maximalen Verluste dafür bei 0,5% des jährlichen BIP in den Folgejahren liegen werden, allerdings ohne die Vorteile

---

<sup>64</sup> „Die Flüchtlinge aus 2015 sind nicht zu finanzieren“; in: The European, 10.09.2017; <https://www.theeuropean.de/juergen-fritz/12710-weniger-als-ein-drittel-sind-nettosteuerzahler>

<sup>65</sup> „Renten sichert man nicht durch mehr Umverteilung!“; in: Manager Magazin, 28.08.2018; <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/rente-keine-sicherung-durch-umverteilung-a-1225336-2.html>

einzurechnen.<sup>66</sup> Denn im Gegenzug beenden wir den andauernden Kapitalabfluss in fremde Taschen, nachdem über die Hintertür des Euro eine europäische Haftungsunion auf deutsche Kosten vertragswidrig eingeführt wurde. Entsprechend werden über die Medien Horrorszenarien für einen Euro-Austritt verbreitet, um uns davon abzuhalten, unsere schleichende Enteignung zu beenden. Außerdem bedeutet eine starke Deutsche Mark ein Fitnessprogramm für die deutsche Industrie, welche den höheren Außenwert der Währung über Prozessoptimierungen und Rationalisierungen ausgleichen muss, was sie im internationalen Wettbewerb langfristig stärken wird.

**Kontrolle über den nationalen Wirtschaftsraum wiedergewinnen:** Wir müssen unseren Führungskadern in Wirtschaft und Politik klar vermitteln, dass deutsche vor europäische Interessen gehen. Aktuell sitzt eine verlorene Generation an den Schalthebeln, die in ihrer Überhöhung globalistisch-zentralisierten Denkens gefangen ist und in der Regel inländerfeindlich handelt. Diese, dem eigenen Land gegenüber illoyalen Führungskader gilt es gegen loyale auszutauschen. Die Illoyalen werden entlassen und dafür Loyale eingestellt; entsprechend der marktgängigen Regeln über die Abwahl auf Gesellschafterversammlungen bzw. Auflösung von Arbeitsverträgen.

**Binnenmarkt stärken:** Indem wir die Finanzmarktorientierung der deutschen und europäischen Gesetzgebung beenden, wird gleichzeitig die Möglichkeit dafür eröffnet, einer oft wiederholten und durchaus nachvollziehbaren Forderung anderer Staaten nachzukommen. Wenn die hohen deutschen Ersparnisse nicht mehr einfach so durch Investment Banking in alle Welt verstreut werden, sondern hauptsächlich zur Kreditvergabe an deutsche Unternehmen verwendet werden, wird auch der deutsche Leistungsbilanzüberschuss von derzeit fast 8 Prozent des BIP tendenziell zurückgehen.<sup>67</sup> Ein Rückgang der deutschen Kapitalexporte läge auch im deutschen Interesse, da dadurch die Binnenkonjunktur gestärkt würde, ohne den Einsatz massiver Staatsausgaben. Deutschland würde dann nicht mehr Jahr für Jahr einen erheblichen Teil seiner Erlöse als „Exportweltmeister“ ohne Gegenleistung ins Ausland verschenken. Allein zwischen 1999 und 2013 sind deutschen Anlegern

---

<sup>66</sup> Die Studie ermittelt auf Basis einer makroökonomischen Simulation diesen eher pessimistischen Wert. Der Umstand, dass derartige makroökonomischen Analysen in der Vergangenheit stets unpräzise Ergebnisse lieferten und dem Bürger eine angebliche mathematische Berechenbarkeit wirtschaftlicher Entwicklungen vorspielen, wird gerne bei solchen volkswirtschaftlichen Prognose-Modellen ausgeblendet. Wenn es anders wäre, könnten sich Aktien-, Rohstoffpreis- oder Währungsentwicklungen mit exaktem Ergebnis voraussagen lassen, was offensichtlich nicht der Fall ist. Diese volkswirtschaftlichen Prognose-Modelle werden im Allgemeinen mit bestimmten Annahmen versehen, damit Ergebnisse herauskommen, welche dem Auftraggeber (hier: die regierungsnaher Bertelsmann-Stiftung) argumentativ nützlich erscheinen und das Deckmäntelchen der Wissenschaftlichkeit führen. Ebenso gehen die Modelle von einer statischen Welt aus, welche sich ansonsten gleich weiter entwickeln würde, mit Ausnahme der zu erforschenden Änderung. Diese Annahme einer ansonsten statischen Welt, die sich in Wirklichkeit laufend ändert, ist unrealistisch. Es handelt sich insgesamt um eine politische Zweckentfremdung des Teilbereichs „Makroökonomie“ der Volkswirtschaftslehre, um zweifelhafte politische Aussagen und Zielsetzungen zu unterstützen.

Böhmer, M. et. al.: Vorteile Deutschlands durch die Währungsunion – Szenarienrechnung bis zum Jahr 2025; Prognos-Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, 2013;

[https://www.prognos.com/uploads/tx\\_atwpubdb/130429\\_Prognos\\_Bertelsmann\\_Studie\\_Vorteile\\_Deutschlands\\_Waehrungsunion.pdf](https://www.prognos.com/uploads/tx_atwpubdb/130429_Prognos_Bertelsmann_Studie_Vorteile_Deutschlands_Waehrungsunion.pdf)

<sup>67</sup> „Ifo – Deutschland mit weitgrößtem Leistungsbilanzüberschuss“; in: Reuters, Wirtschaftsnachrichten, 20.08.2018; <https://de.reuters.com/article/deutschland-berschuss-ifo-idDEKCN1L518V>

dadurch ca. 400 Milliarden Euro im Ausland verlorengegangen.<sup>68</sup> Das ist pure Kapitalvernichtung zum Schaden der deutschen Unternehmen, Arbeiter, Angestellten und Kreditinstitute.

**Beendigung der „Scharia-Investitionen“:** Wie vorne in Fußnote 13 erwähnt können ausländische Staatsfonds Investitionen in deutsche Unternehmen zur Durchsetzung politischer Interessen bzw. zur Islamisierung missbrauchen (Bsp. Katar hält 14,6% an VW, 6,1% an *Deutscher Bank*, 3% an *Siemens*; Kuwait hält 6,8% an *Daimler*). Die Wirtschaft soll sich aus der Politik genauso raushalten, wie die Politik die Wirtschaft nicht stören soll.

**Erkennen, welche der „vier EU-Grundfreiheiten“ uns nutzen, welche uns schaden:** Wie ebenfalls vorne in Fußnote 13 erwähnt, ist Deutschland als Exportnation auf den freien Handel von Waren und Dienstleistungen angewiesen, ohne Beschränkungen durch Zölle oder Quoten. Dieser freie Handel funktioniert **unabhängig** vom Verkehr von Personen und Kapital, die zu kontrollieren sind, was ebenfalls im deutschen Interesse liegt. Selbstverständlich funktioniert der freie Handel von Waren und Dienstleistungen, wenn gleichzeitig der Verkehr von Personen und Kapital kontrolliert wird. Hinter entgegenstehenden Meldungen stehen fremde Interessen, um uns davon abzuhalten, unsere eigenen Interessen zu erkennen und durchzusetzen.

**Wohlstandsillusion bekämpfen:** Fast die Hälfte aller deutschen Haushalte haben keine nennenswerten Ersparnisse,<sup>69</sup> Deutschland hat zudem die zweitniedrigste Vermögensbildung pro Erwachsenen (Median: 35.200 \$) in den alten EU-Staaten. Ein wichtiger Grund ist, dass deutsche Leistungsträger der Gesellschaft um bis zu 12,6 Prozentpunkte höhere Steuern und Abgaben zahlen als im OECD-Vergleich.<sup>70</sup> Deutschland ist EU-Nettozahler, also wandert ein Teil dieser Gelder weiter nach Brüssel. Somit subventionieren deutsche Mittelständler/Mittelschicht/Arbeiter über ihre Arbeit auch andere Staaten. Wie soll bei diesen Abflüssen von inländischen Erwerbseinkommen ins Ausland eine nennenswerte Vermögensbildung inländischer Haushalte erfolgen können? Die Lösung besteht aus deutlichen Senkungen von Steuern und Abgaben für unsere inländischen Leistungsträger und zwar für alle Lohngruppen. Diese zusätzlichen Mittel müssen dann auch in Deutschland verbleiben.

---

<sup>68</sup> „Deutschland verspielt Milliarden im Ausland“; in: Süddeutsche Zeitung, 29.11.2013;

<https://www.sueddeutsche.de/geld/verluste-bei-ersparnissen-deutschland-verspielt-milliarden-im-ausland-1.1831289>

<sup>69</sup> Der **Median-Wert ist hier viel aussagekräftiger als der Durchschnitts-Wert**, weil einige sehr reiche Bürger im Land den Durchschnitt stark nach oben verzerren. Der Median an Netto-Vermögen pro Erwachsenen in Deutschland 2018 liegt bei nur 35,2 Tsd. \$, d.h. exakt 50% der Bevölkerung haben weniger bzw. mehr als 35,2 Tsd. \$ an Netto-Vermögen (Geld und Güter). Der Durchschnitt in Deutschland liegt hingegen bei 214,9 Tsd. \$. Nur Portugal hat innerhalb der EU-Länder, welche nicht hinter dem Eisernen Vorhang lebten, einen geringeren Median-Wert. Analog dazu hat Deutschland einen der höchsten Indikatorwerte für Ungleichverteilung (Gini-Koeffizient) unter o.g. Nationen. Es gibt also Geld in Deutschland, nur bei der breiten Bevölkerung befindet es sich nicht und es ist ein Märchen, Deutschland als reiches Land zu bezeichnen, nur weil es hier auch ein paar Vermögende gibt. – Quelle: Global Wealth Databook 2018; Credit Suisse, Oktober 2018; S. 103-106 <https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/publications/global-wealth-databook-2018.pdf>

<sup>70</sup> Ledige Steuerzahler tragen beim Durchschnittsverdienst eine Belastung durch Steuern und Abgaben von dreisten 53,2%, der OECD-Durchschnitt liegt bei 40,6%. Bei Doppelverdienern mit 2 Kindern liegt die Belastung bei 43,5% in Deutschland und bei 33,2% im OECD-Durchschnitt; Quelle: OECD: Taxing Wages 2017-2018; Volker Stern/DSi, 2019.

**Neuaufbau verloren gegangener Technologien:** Energieversorgung, Automobilbau, Wehrtechnik usw. werden aktuell in Deutschland zerstört. Ein technologischer Neuaufbau erfordert den vorherigen Neuaufbau des zugrunde liegenden Bildungssystems, das unter der vorherrschenden, linkssozialistischen Ideologie ebenfalls in Zerstörung begriffen ist. An die Stelle von sogenannter „Spaßpädagogik“ muss wieder die Lust auf Leistung treten inkl. objektiver Schulnoten ab der ersten Klasse; diese neue Lust auf Leistung ist durch moderne, pädagogische Erkenntnisse zu vermitteln, damit es unsere Kinder gerne tun. Nach erfolgreichem Schulabschluss ist der Schwerpunkt auf Ausbildungen v.a. im Handwerk und auf solide (Natur-) **Wissenschaften** zu legen, statt auf ideologisierte „Schwätzenschaften“ wie Gender, Klimareligion usw. Lieber einen „Saturday for Science“ anstatt eines „Friday for Future“, denn Wissen war schon immer der beste Schutz gegen ideologisch betriebene Gehirnwäsche.

**Wie** diese Ziele erreicht werden entscheidet sich ergebnisoffen im politischen Prozess!

## 4.2 Vorschläge für wirtschaftspolitische Einzelforderungen – zügig umsetzbar

**Eine ortsgebundene Betriebsstätten-Besteuerung beschränkt die Steuerflucht in Niedrigsteueroasen (= Konzernprivileg abschaffen):** Die Steuerbenachteiligung des Mittelstandes, im Vergleich zu Großunternehmen, ist zu beenden. Denkbar wäre eine rechtsformunabhängige, ortsgebundene Betriebsstätten-Besteuerung mit der deutschen Firma als Steuerschuldnerin, ohne Verrechnungs- oder Erstattungsmöglichkeit für ausländische Eigner. Damit wären Großunternehmen hier entprivilegiert und mit dem Mittelstand gleichgestellt.<sup>71</sup> In der Praxis bedeutet das, dass die Steuern auf die Gewinne von den deutschen Filialen multinationaler Konzerne zu zahlen sind, ungeachtet dessen, in welchem anderen Land die Besitzgesellschaft ihren formalen Sitz hat. Zur Umsetzung würde das deutsche Finanzamt ermächtigt, aus bekannten Umsätzen versteckte Gewinne zu schätzen und diese voll zu besteuern. Alternativ könnte das deutsche Finanzamt auch eine Kopfsteuer auf Verrechnungen erheben, mit denen die Gewinne ins Ausland geschafft werden. Durch diese pragmatische nationalstaatliche Regelung werden komplizierte, multinationale Vereinbarungen oder gar eine zentralistische Regelung über harmonisierte EU-Steuern vollkommen überflüssig.

**Förderung von Groß- zu Lasten von Kleinunternehmen beenden (= Konzernprivileg abschaffen):** Am Beispiel der EEG-Umlage lässt sich zeigen, wie Kleinunternehmen diese auf dem Heimatmarkt bezahlen müssen, Großunternehmen aber nicht, um letztere auf dem internationalen Markt zu subventionieren. Handwerksbäckereien sollen beispielsweise im Gegensatz zu Großbäckereien erhöhte Strompreise in Deutschland zahlen, damit letztere international konkurrenzfähig sind. Das ist ein krasser ordnungspolitischer Sündenfall. Richtiger wäre es, die

---

<sup>71</sup> Hamer, E. Mittelstand – Verfolgt, gegängelt und abgezockt; in: Preußische Allgemeine Zeitung, Ausg. v. 30.4.2005

verkorkste Energiewende insgesamt zu beenden, womit die Strompreise insgesamt deutlich sinken und derartige, planwirtschaftliche Eingriffe unnötig werden – doch für diese marktwirtschaftliche Lösung fehlt der Regierung das Verständnis.<sup>72</sup>

**Finanzmarktförderung beenden (= Finanzmarktprivileg abschaffen):** Warum werden keine Steuern erhoben, wenn Kapitalgesellschaften Anteile an anderen Kapitalgesellschaften mit Gewinn verkaufen? Warum gilt dieses Privileg nicht für Personen bzw. Personengesellschaften, wenn sie Anteile an Kapitalgesellschaften mit Gewinn verkaufen?<sup>73</sup> Privatpersonen unterliegen bei solchen Kapitalerträgen einer Abgeltungssteuer von 25 %, dazu kommen noch Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag auf diese 25 %. Diese Privilegierung von Kapitalgesellschaften auf Kosten von Privatpersonen ist abzuschaffen.

**Schaffung einer bankenunabhängigen Innenfinanzierung nur für mittelständische Unternehmen (= Mittelstands-Gegenprivileg schaffen):** Durch eine hundertprozentige Steuerfreiheit für reinvestierte oder nicht ausgeschüttete Gewinne. Hiermit würde der Mittelstand bewusst privilegiert, um damit einen Ausgleich für andere Privilegien von Konzernen zu schaffen. Als Konsequenz entstünde ein Innovations- und Job-Motor für die gesamte deutsche Wirtschaft, ausgehend vom unternehmerischen Mittelstand!<sup>74</sup>

Stattdessen gibt es momentan zahllose Fördertöpfe für kleine und mittelständische Unternehmen, über den Bundes- und die Länderhaushalte verstreut. D.h. zuerst nimmt der Staat unseren Mittelständlern das Geld weg, indem er auch reinvestierte bzw. nicht ausgeschüttete Gewinne besteuert und gibt dann nur einen kleinen Teil über eine unübersichtliche Förderlandschaft zurück, die weiteren Bürokratieaufwand verursacht. Der große Rest verschwindet im Staatsapparat. Es wäre viel effektiver, hundertprozentige Steuerabschreibungsmöglichkeiten zu schaffen, wenn kleine und mittlere Unternehmen in Forschung und Entwicklung investieren oder einen Teil Ihres Gewinns einfach nicht ausschütten, um ein Polster für zukünftige Ausgaben bzw. Krisen anzulegen. Das Gewicht des Mittelstandes gegenüber Banken und Konzern würde deutlich wachsen. Das scheint aber nicht gewollt zu sein.

---

<sup>72</sup> Das ist uns vom Euro hinlänglich bekannt: bevor politisch zugegeben wird, dass man sich geirrt hat und falsch in eine Sackgasse eingebogen ist, werden eher alle Mauern und Gebäude weggerissen sowie weitere Zeit und Milliarden verschwendet, damit es irgendwie holprig auf dem falschen Pfad weitergeht, bis der Zusammenbruch kommt.

<sup>73</sup> Der Veräußerungsgewinn einer Kapitalgesellschaft beim Verkauf von Anteilen an einer anderen Kapitalgesellschaft ist grundsätzlich unabhängig von der Beteiligungshöhe gem. § 8b Abs. 2 KStG steuerfrei und unterliegt gem. § 8b Abs. 3 S. 1 KStG lediglich mit 5 % als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe (in pauschaler Form) der Besteuerung durch die Körperschaftsteuer. Die Steuerfreiheit nach § 8b Abs. 2 KStG kommt auch gewerbsteuerlich zum Tragen, so dass lediglich 5 % des Veräußerungsgewinns der Gewerbesteuer unterliegen. Als Kehrseite wiederum, werden Veräußerungsverluste steuerlich auch nicht berücksichtigt. Summa summarum fördert dies ein generelles Zockertum im Kauf und Verkauf von Kapitalgesellschaftsanteilen und somit zu einer Orientierung auf kurzfristiges Gewinnstreben durch Eigner und Manager von Kapitalgesellschaften.

<sup>74</sup> Eine Analyse aus dem Jahr 1999 hat die steuerpolitischen Möglichkeiten bereits analysiert: Rose, M.: Steuerfreiheit investierter Gewinne? Wirtschaftsdienst, 1999/I. Auch der BVMW forderte mehrfach eine steuerliche Begünstigung für in Forschung und Entwicklung reinvestierte Gewinne von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

### 4.3 Vorschläge für wirtschaftspolitische Einzelforderungen – grundlegender Natur

**Abschaffung der Geldschöpfung aus dem Nichts und des Zentralbankenprivilegs:** Als erster Schritt muss die Ära billigen Kreditgeldes durch die Notenbanken beendet werden, um den marktwirtschaftlichen Selbstlenkungsmechanismus von Geld und Zins wieder in Funktion zu bringen. Die Geldschöpfung aus dem Nichts - bei der kein Geld ohne analoge Verschuldung in die Welt kommt - in der die Zentralbanken und Staaten ein Monopol- bzw. Zwangsgeld von oben bestimmen, muss abgeschafft werden. Diese bisherige Form der Geldschöpfung muss durch einen Währungswettbewerb ersetzt werden. Die Menschen sollten frei wählen können, welcher Währung sie besonders vertrauen und in welcher sie bevorzugt handeln und sparen wollen. Das kann eine gedeckte Währung sein oder auch eine Krypto-Währung wie z.B. der Bitcoin. Wichtig ist nur, dass der Staat sich mit seinen Zwangsmethoden aus dieser Wahl heraushält und seine Bürger frei entscheiden lässt.

**Einführung eines Trennbankensystems:** Als zweiter Schritt ist ein Trennbankensystem einzuführen. Eine **Trennung einerseits** in „echte“, d.h. **realwirtschaftlich orientierte Banken**, die diesen Namen wieder verdienen, weil sie langfristig orientiert die produktive Tätigkeit von Unternehmen finanzieren und **andererseits** in **Finanzmarktbanken**, die sich auf das kurzfristige Spekulieren am Kapitalmarkt spezialisieren. Letztere haben auch ihre Existenzberechtigung aber nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit! Finanzmarktbanken müssen bankrottgehen dürfen, ohne dass es zu massiven Auswirkungen auf die Realwirtschaft kommt. Im Moment gibt es diese massiven Auswirkungen noch, weil die Finanzmarktbanken mit den realwirtschaftlich orientierten, „echten“ Banken monetär zu sehr verzahnt sind. Ein Trennbankensystem würde das ändern.

Dieses Trennbankensystem funktionierte bereits erfolgreich in den USA in den Jahren 1933-1999, bekannt als Glass-Steagall-Act, und wurde unter dem Druck der Finanzindustrie von Präsident *Bill Clinton* wieder abgeschafft.<sup>75</sup> Von der „ungedeckten Geldschöpfung aus dem Nichts“ der Zentralbanken befeuert (= Fiat-Money),<sup>76</sup> wurde die kasinoartige Gier nach Macht und Geld auf die

---

<sup>75</sup> <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-71030004.html>

<sup>76</sup> Seit 1971, also der Abschaffung der Golddeckung des Dollars, hat sich die US-Staatsverschuldung 55-fach vergrößert, während die US-Wirtschaftsleistung im selben Zeitraum nur 17-fach wuchs – es entstand eine wilde Kapitalblase. Der Dollar verlor seitdem 98% seines Wertes gegenüber dem Gold! Die Zinsen dieser Schulden trägt der Steuerzahler. Da aber nun die Wirtschaftsleistung nicht entsprechend stieg wie die Kreditmenge, blieb dem US-Bürger immer weniger Geld und die Reallöhne sanken. Schuldenfinanzierte und oft ineffiziente Sozialprogramme erhöhen durch Staatsschulden und steuergedeckte Zinszahlungen die ungleiche Vermögens-Verteilung in einer Volkswirtschaft, anstatt sie zu verringern – so sind die Linken die nützlichen Handlanger des Neo-Liberalismus, ohne es zu wollen und wahrscheinlich auch ohne es zu verstehen. **Auch in Deutschland kam es im Zuge des Euro und seiner Rettung zu einer deutlichen Zunahme der ungleichen Vermögensverteilung. Alleine von 2010 bis 2018 sank der Median-Wert (vgl. FN 69) des Netto-Vermögens von deutschen Erwachsenen von 59,1 Tsd. \$ auf 35,2 Tsd. \$, während gleichzeitig der Durchschnitts-Wert von 164,5 Tsd. \$ auf 214,9 Tsd. \$ stieg. (Quelle: Tabellen 3-1, des Global Wealth Databooks der Jahre 2010 und 2018, Link s.u.). Entsprechend nahm der Ungleichverteilungskoeffizient (Gini) deutlich zu. Es kam zu einer Umverteilung in die falsche Richtung: im Zuge der „Eurorettung“ mit öffentlichen Geldern wurden v.a. Mittelschicht und sogenannte „Kleine Leute“**

alltägliche Kreditvergabe übertragen, was die weltweite Finanzkrise 2008 – entstanden in den USA – ausgelöst hat.<sup>77</sup>

Indem wir das Trennbankensystem in Deutschland einführen, bringen wir diejenigen Banken, die sich in der Realwirtschaft engagieren, dazu, langfristige Unternehmensfinanzierungen für den deutschen Markt und die Exportmärkte ihrer Firmenkunden wieder in den Fokus zu stellen.

**Vorschlag für einen grundsätzlichen Wechsel im System der Steuererhebung:** Die bis dato erfolgende Leistungsbesteuerung über Einkommen- und Körperschaftssteuer bestraft die Erbringer von Leistung, wobei es sinnvoller wäre, stattdessen den Verbrauch zu besteuern, auch aus Umweltschutzgründen. Dieses neue Steuersystem würde das Wirtschaftswachstum über die Reduktion der Faktorkosten erhöhen, alle Leistungsträger der Gesellschaft entlasten - vom Unternehmer bis zum Arbeiter - und die reduzierte Steuerlast sozial ausgewogen verteilen, über verschieden hohe Steuersätze auf die Güter alltäglichen Gebrauchs wie auch auf Luxusgüter. Details können im „Steuer- Wirtschafts- und Sozialkonzept“ nach Hans-Wolff Graf nachgelesen werden.<sup>78</sup> Es handelt sich hierbei um **keine** isolierte MwSt.-Erhöhung als Einzelmaßnahme zu Lasten der sogenannten „Kleinen Leute“, sondern um einen **grundsätzlichen** Systemwechsel bei der Steuererhebung: weg von der Leistungs-, hin zur Verbrauchsbesteuerung.

## 5. Zusammenfassung

Die heutige globale Wirtschaftsordnung ist immer weniger marktwirtschaftlich ausgerichtet. Der marktwirtschaftliche Lenkungsmechanismus wurde in zentralen Bereichen ausgehebelt. Die weltumspannenden Finanzinstitute und Konzerne werden gesetzlich und steuerlich einseitig bevorzugt. Der Mittelstand profitiert zwar als Zulieferer für Konzerne, steht auf den Märkten aber ansonsten in direkter Konkurrenz zu letzteren und muss außerdem gleichzeitig die Hauptlast des Wohlfahrtsstaates tragen. Es müssen daher zunächst einmal die bestehenden Privilegien für den kurzfristig orientierten Finanzmarkt beseitigt oder gebührend durch Pflichten kompensiert werden, bevor wieder eine marktwirtschaftliche und langfristig orientierte Wirtschaftspolitik betrieben werden kann. Unser Vorbild ist das Wirtschaftsmodell der „Sozialen Marktwirtschaft“, die bis in die 1990er Jahre im deutschsprachigen Raum die großen Konzerne und Banken durch gesellschaftliche Pflichten dem Nationalstaat gegenüber eingebunden hat. Dieses Modell war der angelsächsisch

---

**gezwungen, die Profiteure im Finanzsektor durch überhöhte Steuerzahlungen zu retten. Wo blieb der Aufschrei der Linken? Fehlannonce!** Stattdessen befeuern sie diese Umverteilung in die falsche Richtung mit noch mehr Umverteilung, zu Lasten ihrer ursprünglichen Klientel, der sogenannten „Kleinen Leute“. U.a. deshalb wandern diese zunehmend zur AfD ab. - Quelle: Global Wealth Databooks; Credit Suisse; <https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html>

<sup>77</sup> Lapavitsas, C. Theorizing financialization; in: Work, employment and society 25 (4), 2011, S. 622

<sup>78</sup> nach Hans-Wolff Graf; [http://www.d-perspektive.de/wp-content/uploads/2015/12/PERSPEKTIVE\\_e.V.\\_Plaedoyer-fuer-ein-neues-Steuer-Wirtschafts-und-Sozialkonzept-12\\_2015.pdf](http://www.d-perspektive.de/wp-content/uploads/2015/12/PERSPEKTIVE_e.V._Plaedoyer-fuer-ein-neues-Steuer-Wirtschafts-und-Sozialkonzept-12_2015.pdf)



geprägten „Globalen Finanzoligarchie“ bezüglich Fairness und Nachhaltigkeit deutlich überlegen. Durch den Interessenausgleich über die „Soziale Marktwirtschaft“ war es möglich, neben den Interessen der Aktionäre und Kreditgeber auch die langfristigen Interessen der deutschen Unternehmen inklusive ihrer Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Diesem Zusammenhalt der deutschen Wirtschaft – umgesetzt über die sogenannte „Deutschland AG“ - wurde in den letzten Jahrzehnten durch einseitig finanzmarktorientierte Gesetze die Grundlage entzogen, indem die Privilegien der Konzerne und Großbanken beibehalten, deren Pflichten jedoch systematisch verringert wurden. Das Hauptaugenmerk der Finanzinstitute gilt seitdem nicht mehr der an langfristigem Wachstum orientierten Kreditvergabe an regionale und nationale Unternehmen, sondern dem an kurzfristigen Profiten orientierten internationalen und anonymen Investment Banking. Die Ausrichtung des Finanzwesens auf die internationalen Kapitalmärkte bedeutet eine Schwächung der Position des deutschen Mittelstandes wie auch der deutschen Arbeiterschaft und allgemein der wertschöpfenden Realwirtschaft. Die „Globale Finanzoligarchie“ hat keine Verbesserung des Wettbewerbs, sondern im Gegenteil eine marktwirtschaftsfeindliche Privilegienwirtschaft, eine Plutokratie bzw. einen weltumspannenden Neo-Feudalismus hervorgebracht, was endlich klar benannt und eingeschränkt werden muss. Privat finanzierte Nichtregierungsorganisationen (NGO's), das Oligopol der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und weitere, oben genannte Akteure spielen hierbei eine unrühmliche Rolle und haben sich den Staat zur Beute gemacht. Es liegt im gemeinsamen Interesse des Mittelstandes, der Arbeiter und Angestellten – langfristig sogar im Interesse derjenigen deutschen Konzerne, die ihre inländischen Wurzeln behalten wollen – die einseitigen Privilegien des Finanzsektors, denen zu wenig Pflichten gegenüberstehen, auszubalancieren.

Bringen wir unsere Wirtschaft voran, alle Leistungsträger der Gesellschaft gemeinsam! „Faire & nachhaltige Wirtschaftsordnung - heimische Wirtschaft zuerst“; dafür steht die *Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.*

***Team Wirtschaft***  
*Rezensenten der Friedrich-*  
*-List-Gesellschaft zur Förderung*  
*der heimischen Wirtschaft e.V.*

***Dipl.-Volkswirt Hansjörg Müller, MdB***  
*Außenwirtschaftspolitischer Sprecher*  
*seiner Fraktion im Deutschen Bundestag*  
*freiberuflicher Unternehmer*